

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitung Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Anserte werden die bespaltene Beitzelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags/geschloffen

Herr von Thielen.

Leipzig, 16. Juni.

Endlich! Herr von Thielen geht! Man hatte das schon lange erwartet, aber es zögerte sich hinaus, und die Bundestagsfigur des Eisenbahnministers erschien noch manchmal im Reichstag und preussischen Abgeordnetenhaus, als man ihn schon für „verbraucht“ hielt. Er war es übrigens in der That, und nur durch ein kampfhaftes Anklammern an seinen Ministerstuhl konnte er sich noch eine Weile auf demselben halten. Zum Abgehen reif war er schon vor einem Jahre, als man es für gut fand, die Kanalarvorlage zurückzuziehen. Er hatte sich wie sein ungleich bedeutenderer Kollege Miquel zwischen zwei Stühle gesetzt. Im Herzen — soweit man bei Staatsmännern so jagen darf — war er bei den Agrariern, und das kam auch zum Ausdruck in gewissen kleineren Liebesdiensten, die er dem freizügigkeits- und verkehrsfeindlichen Großgrundbesitzertum auf dem Lande bei der Regelung des Eisenbahnverkehrs zwischen ländlichem und städtischem Gebiet leistete. Aber wenn er in der Regierung bleiben wollte, mußte er für den Kanal eintreten, und das machte seine Stellung unhaltbar.

In den offiziellen Blättern werden dem scheidenden Staatsmann die üblichen Wehrauchwolken gesendet und die üblichen Strohdildstrahlen nachgeweiht werden. Wenn ihm das eine Vergnügung ist, so ist ihm sein gegnerischer „Widerstand“ ein höchst willkommenes Ereignis. Man spricht zwar von seiner umfangreichen Thätigkeit, denn gegen 400 000 Menschen sind in dem großen Betrieb, den er leitete, beschäftigt. Das Schicksal dieser Menschenmasse lag zum guten Teil in seiner Hand, und wenn von bestellten Wehrauchschwümmern ihm nachgerühmt wird, daß er berechtigten Wünschen sich stets entgegenkommend gezeigt habe, „soweit die Finanzverhältnisse es erlaubten“, so werden die Subalternbeamten und die Eisenbahnarbeiter dies nicht ohne bedenkliches Kopfschütteln vernehmen. Die „Sozialpolitik“ des Herrn von Thielen ist von uns stets energisch bekämpft worden, und wir müssen auch heute betonen, daß sie wesentlich von fiskalischen Interessen geleitet war. Die Bezahlung der Arbeiter namentlich war und ist eine durchaus ungenügende; dazu kam, daß ihnen das Koalitionsrecht sofort illusorisch gemacht wurde, wenn sie es wagten, wider den Stachel zu läden und es an der „Loyalität“ fehlen zu lassen, die Herr von Thielen aus „Gründen des Staatswohls“ für notwendig erachtete. Die verschiedenen Eisenbahnunfälle

der letzten Zeit haben dargethan, daß immer noch eine Ueberbürdung des „niedereren“ Personals stattfindet. Man rechnet es dem Herrn von Thielen als Verdienst an, die D-Züge mit ihrer vermehrten Schnelligkeit eingeführt zu haben. Aber damit hat er wesentlich den Reichen und Wohlhabenden einen Vorteil geschaffen; die nicht-besitzenden Klassen haben wenig davon. Seine Tarifänderungen liefen stets auf Erhöhung der Personentaxen hinaus, wie sehr er sich auch bestrebt, dies zu verdecken; man ist kaum jemals so teuer gereist, wie unter dem Regiment Thielen. Seine berühmte „Reform“ mit den 45-tägigen Rückfahrkarten war an sich ganz gut; sie diente aber nur dazu, um die dem Publikum keineswegs angenehmen Maßnahmen erträglicher zu machen, die hinterher kamen.

Der stille Eisenbahnkrieg gegen Sachsen und Braunschweig, die Verträge mit den süddeutschen Staaten — alles das sei nicht näher erörtert, sondern nur dazu bemerkt, daß die Eisenbahnpolitik des Herrn v. Thielen die Wirkung hatte, die in verschiedenen Einzelstaaten auftauchenden Reformbestrebungen zu lähmen, wo nicht zu Falle zu bringen. In einem wirklich modernen Staate sind die Verkehrsmittel da, um den Verkehr zu fördern und zu erleichtern, also nicht des Staates, sondern des Publikums wegen. Bei genauer Betrachtung der Thielen'schen Eisenbahnpolitik müßte man auf den Gedanken kommen, die Eisenbahnen und die anderen Verkehrsmittel seien nur eine Art Steuerwesen, um möglichst hohe Beträge für den stets geldbedürftigen Militärstaat aufzubringen. Eine solche fiskalische Politik hat ihre zwei Seiten; an einer gewissen Grenze vermag sie. Das war denn auch der Fall, als uns die wirtschaftliche Krise eintrat. Die Tarife des Herrn Thielen verminderten alsbald den Verkehr und der dadurch entstehende Ausfall hat nicht unwesentlich zu dem fatalen Reichsdefizit und zu den finanziellen Veklemmungen der Einzelstaaten beigetragen.

Welthandel und Weltverkehr verlangen in ihrer rapiden Entwicklung eine unaufhörliche Ausgestaltung der Verkehrsmittel. Dieser gewaltigen Zeitströmung suchen sich die Bureaucratie, die Agrarier und überhaupt alle reaktionären Elemente entgegen zu stemmen, denn sie verkennen durchaus nicht die revolutionierende Wirkung der Verkehrsentwicklung; sie sehen die gefährdete Verwandlung des Agrarstaats in den Industriestaat vor sich gehen. Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, diesen Gang der Dinge aufhalten zu können, aber man will wenigstens vorbeugen, so lange man kann, und darum hat man sich bemüht, solange als möglich den modernen Reformbestrebungen Widerstand

zu leisten, wo es nur anging. Die Seele dieses Widerstandes war Herr v. Thielen.

Der Ruf nach Reform, d. h. Verbilligung der Personentaxen, ertönt von allen Seiten. Man kann an praktischen Beispielen nachweisen, daß die Verbilligung der Tarife die Einnahmen der Eisenbahnen durchweg erhöht, keinesfalls aber vermindert. Darauf erklärte Herr v. Thielen stets, man könne einen Versuch in dieser Richtung nicht wagen, weil die Einnahmen sich verringern könnten. Seine Auffassung ist zwar doppelt widerlegt, nachdem die wirtschaftliche Krise einen Ausfall in den Einnahmen bewirkt hat. Aber man bleibt doch auf dem alten Standpunkt. Warum eigentlich? Nun, bei einem billigen Zonentarif würde, mit dem Centrumsstaatsmann, dem heiligen Müller von Fulda zu sprechen, „zu viel gereist“; die Massenflucht der Sachse ngänger aus dem ostelbischen Junkerparadies nach dem Westen und Süden würde noch zunehmen und so etwas kann man doch den „Eseln und Besten“ bei der großen „Deutenot“ nicht anthun. Dnehin dringt die Industrie schnell genug auf das Land vor, zerstört eine „patriarchalische“ Idylle nach der anderen und trägt die moderne „Verderbnis“, d. h. die „Auserachtlassung göttlicher und menschlicher Autorität“, in die Dörfer oder zieht die braven Dorfbewohner zu Millionen in die „Verderbnis“ der großen Städte hinein. Die Fabel von der „Unschuld vom Lande“ wird zwar alljährlich durch die amtliche Statistik gründlich zerstört, aber sie wird immer neu wieder aufgestrichelt.

Diese Momente müssen in Betracht gezogen werden, wenn man die Eisenbahnpolitik des Herrn v. Thielen in ihrer Bedeutung würdigen will. Zu wünschen wäre, daß ein wahrhaft moderner Mensch sein Nachfolger würde. Leider haben wir wenig Hoffnung; möglicherweise kommt sogar irgend ein „schneidiger“ General an seine Stelle, der das Verkehrswesen außer unter dem fiskalischen nur noch unter dem strategischen Gesichtswinkel betrachtet.

Lange kann sich dies System indessen nicht mehr halten; die Interessen von Welthandel und Weltverkehr fordern zu gebieterisch ihre Berücksichtigung und es giebt unseres Erachtens keine Macht der Erde, die im Stande wäre, der Entwicklung des Verkehrs wesens ins Große Halt zu gebieten.

So mag er denn gehen, der Herr v. Thielen. Gewisse „Krokodile“ mögen darüber weinen; die sich als Menschen fühlen, thun's nicht.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Vagabund.

Von Maxim Gorki.

Und als es mir ganz schlecht ging, erzählte Bromtow weiter, packte mich der Teufel, meine Dienste der Detektivabteilung anzubieten. Ich bot mich als Agent zur Ueberwachung von Spielhäusern an. Man gab mir eine Stelle. Die Bedingungen waren gut. Zu dieser geheimen Beschäftigung fügte ich noch eine sichtbare hinzu — ich beschäftigte mich mit Berichterstattung für eine Zeitung, leitete die Straßenchronik, manchmal dichtete ich aber auch Feuilletons. Und dann spielte ich noch dazu. Und begeisterte mich für das Spiel — begeisterte mich so, daß ich vergaß, der Obrigkeit davon Mitteilung zu machen. Vergaß, wissen Sie, gänzlich, daß es meine Pflicht war. Und wenn ich verlor, erinnerte ich mich: man muß es doch anzeigen! Aber nein, denke ich, zuerst gewinne ich, und dann mache ich die Mitteilung. In dieser Weise schob ich die Erfüllung meiner Pflicht lange hinaus, bis die Polizei mich einmal auf frischer That hinter dem Kartentisch erwischte. Selbstredend blamierten mich die Polizeibeamten öffentlich, indem sie in mir den ihrigen erkannten. Und am anderen Tage rief man mich, wohin es sich gehört, und erteilte mir einen sehr wütenden Verweis, man sagte mir, daß ich gar kein Gewissen hätte, und man wies mich aus der Residenz aus... wieder wies mich aus! Ohne Erlaubnis zur Rückkehr im Laufe von zehn Jahren... Sechs Jahre reise ich schon, und es geht, ich klage das Schicksal nicht beim lieben Gott an. Von dieser Zeit

werde ich nicht sprechen, da sie zu eintönig ist... und zu vielfältig. Im allgemeinen ist es ja ein lustiges Vogelleben. Nur manchmal fehlt die Saat... aber man muß keine großen Ansprüche machen und im Auge behalten, daß sogar Menschen, die auf Thronen sitzen, nicht Vergnügen allein erleben. In so einem Leben wie diesem sind keine Pflichten vorhanden — dies ist die erste gute Seite, und keine Gesetze, außer denen der Natur — das ist die zweite gute Seite. Gewiß, die Herren Urjadniki beunruhigen einen ab und zu... aber auch in guten Gasthäusern giebt es Flöhe... Dafür aber kann man gehen: nach rechts, nach links, geradeaus, zurück, überall, wohin es einen zieht, zieht es einen aber nirgends hin — versorgt man sich vom Bauer mit Brot — er ist gut und giebt immer — versorgt man sich also mit Brot und liegt still, bis es einen wieder irgendwo hinzieht.

Wo bin ich nicht gewesen? Ich war in den Kolonien von Tolstois Anhängern und habe mich bei den Moskauer Kaufmannsfrauen in ihren Küchen genährt. Lebte in der Niwo-Belsherskoi Latwa (Kloster) und im Neuen Athos. Bin in Tschestochow und in Murom gewesen. Manchmal kommt es mir vor, als ob ich jeden Fußpfad im russischen Reiche schon zum zweitenmal mit den Füßen trete. Und sobald sich mir die Gelegenheit bietet, mich zu restaurieren — gehe ich ins Ausland. Ich gehe nach Rumänien und dort stehen mir alle Wege offen. Denn in Rußland ist es mir schon langweilig. Und hier habe ich alles, was ich vermochte, vollbracht.

Ich meine, daß ich faktisch in diesen sechs Jahren vieles vollbracht habe. Wieviel wunderbare Worte habe ich gesprochen, welche Wunder habe ich erzählt! Da kommt man, wissen Sie, in ein Dorf, bittet um Nachtquartier, und wenn man bewirtet wird — zieht man die

Leier seiner Phantasie auf! Vielleicht habe ich sogar neue Sekten gegründet, denn ich habe viel, sehr viel von der heiligen Schrift gesprochen. Und der Bauer hat für die heilige Schrift ein feines Verständnis und auf zwei Worten kann er so eine neue Glaubenslehre aufbauen, daß man staunen muß... Und wieviel Gesetze über Einteilung und Umteilung des Landes habe ich erfunden!... Ja, ich habe viel Phantasie ins Leben hinein gebracht.

Ja, und so lebe ich denn... Lebe und glaube! Wünsche ich ansässig zu werden, so wird es geschehen! Denn ich habe Verstand und die Weiber schätzen mich. Da komme ich nach Nikolajew und gehe zur Nikolajew'schen Vorstadt hinaus, wo die Tochter eines Nikolajew'soldaten lebt. Sie ist Witwe, hübsch und wohlhabend. Ich komme zu ihr hin und sage: Rapotschka, nur heize mal die Badestube! Wasche mich und kleide mich, und ich bleibe bei Dir sogar vom Mond zum Mond. Sie wird alles gleich machen... Und wenn sie sich ohne mich einen Liebhaber genommen hat — verjagt sie ihn. Und ich lebe bei ihr einen Monat und länger — wie lange ich will! Im vorvorigen Jahre lebte ich bei ihr zwei Wintermonate... im vorigen — sogar drei Monate... ich würde den ganzen Winter dort verbracht haben, wenn sie klüger wäre, so aber ist sie mir zu langweilig. Aufser ihrem Gemüsegarten, der ihr bis zweitausend jährlich einbringt, will das Weib von nichts wissen.

Ober ich gehe nach Kuban, in die Stanika Labinskaja. Dort lebt ein Kosak Peter Tscherny und er zählt mich zu den heiligen Menschen — viele sehen mich als einen gerecht lebenden Menschen an. Viele einfältige und gläubige Menschen sagen zu mir: nimm, Väterchen, dies hier und stelle dem Heiligen, wenn Du dort sein wirst, eine Kerze hin... Ich nehme natürlich. Ich schätze

Politische Uebersicht.

Ganze Kerle.

Die Erklärung, die der ungarische Ministerpräsident v. Szell gegen den deutschen Protowucherer mit dankenswerter Deutlichkeit abgegeben hat, ist unserem genialen Reichskanzler arg in die Glieder gefahren. Darauf deutet unzweideutig eine offiziöse Notiz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung hin, wonach die Meinung des Herrn v. Szell „nicht ganz klar“ sein soll. Jedenfalls hat er nicht ausdrücken wollen, daß die eventuelle Erneuerung des Dreibundes von wirtschaftlichen Konzessionen abhängig sei. Genau dies hat Herr v. Szell aber ausdrücklich ausgesprochen; er hat sogar mit dürren Worten gesagt, daß die Allianz mit Deutschland keinen dauernden wirtschaftlichen Krieg ertrage, unter ausdrücklicher Beziehung auf den deutschen Zolltarif. Wenn sich das offiziöse Organ der Wilhelmstraße gegenüber dieser runden Abgabe in der komischen Verstellung gefällt, als habe Herr v. Szell in Hieroglyphen gesprochen, so muß Graf Bülow durch das offenerzige Bekenntnis seines ungarischen Kollegen sehr unangenehm überrascht worden sein.

Wir gönnen ihm das von Herzen, ohne deshalb von der Ansicht des Herrn v. Szell, als von einer ungewöhnlichen Offenbarung überrascht zu sein. Es ist ganz selbstverständlich, daß politische Allianzen und ökonomische Kriege unvereinbare Dinge sind. Man braucht auch gar nicht den historischen Materialismus zu bemühen, um diese Unvereinbarkeit zu beweisen. Sie liegt ganz klar in der Kriegsgeschichte der letzten Jahrhunderte vor. Selbst Herr Schmoller hat kürzlich, und zwar nicht als eiferfüchtiges Geheiß seines akademischen Katheders, sondern als exaktere Organ der Trivialität in seiner Zeitschrift den Satz aufgestellt, alle Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts seien Handelskriege gewesen. Das gleiche gilt von den Kriegen des 19. Jahrhunderts; die napoleonischen Kriege, die 20 Jahre lang Europa verwüsteten, waren in letzter Instanz ein ununterbrochener Kampf zwischen England und Frankreich um die Beherrschung des Weltmarktes.

Der abgeschmackte Satz, als ob ein wirtschaftlicher Krieg zwischen zwei Staaten möglich sei, unter ungetriebener Aufrechterhaltung ihrer politischen Freundschaft, ist zuerst von Bismarck aufgestellt worden, um die Protowucherer zu verteidigen, gleichzeitig mit dem nicht minder abgeschmackten Satz, wonach das Ausland die Bülle tragen soll. Bismarck verstand sein diplomatisches Handwerk viel zu gut, um nicht zu wissen, daß er damit der Wahrheit ins Gesicht schlug, aber er vertraute auf die Autokratie, die er als „Säkularmenschen“ beim deutschen Philister genoss, und dieses Vertrauen hat ihn insofern auch nicht betrogen, als das unsinnige Gerücht von der politischen Freundschaft, die unbeschadet des ökonomischen Krieges zwischen zwei Staaten bestehen könne, ja noch jeweilig in der Presse und selbst in Reichstagen vorgebracht werden darf, ohne allgemeinem Hohngelächter zu verfallen. Wir zweifeln auch nicht daran, daß es einen wirklichen Gläubigen in dem gegenwärtigen Reichskanzler gefunden hat. Es liegt uns fern, anzunehmen, daß Graf Bülow gegen seine wirkliche Ueberzeugung sprechen könne, um so ferner, als seine diplomatischen Fähigkeiten wohl von der Art sein mögen, daß er sich über den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik „nicht ganz klar“ ist.

Aber Herr v. Szell ist sich darüber allerdings klar, und er hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Ueber den Wert des Dreibundes mag man sonst denken, wie man will, aber man muß sich darüber klar sein, daß die Annahme des Protowucherertarifs die politische Isolierung des deutschen Reichs bedeutet. Die ostelbischen Junker sind nun einmal ganze Kerle und gehen immer aufs Ganze; nicht zufrieden damit, die nationale Wohlfahrt des deutschen Volkes zu ruinieren, ruinieren sie zugleich seine internationale Stellung.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 14. Juni. Der Schluss der Session wird nicht vor Mittwoch erfolgen, da die Regierung auf die Verabschiedung des Ausführungsgesetzes zum Schladach- und Fleischbeschaugesetz Wert legt. Am Montag findet die dritte Lesung dieser Vorlage im Abgeordnetenhaus statt. Heute verriet das Haus in

gläubige Menschen und will sie nicht mit der garstigen Wahrheit kränken, indem ich ihnen sage, daß ich dem Heiligen für ihr aufrichtiges Scherzlein keine Kerze kaufen werde, sondern Tabak für mich selbst...

Es liegt auch viel Entzückendes in dem Bewußtsein meiner Entfremdung von den Menschen, in dem klaren Begriffe von der Höhe und Festigkeit jener Mauer von Sünden zwischen uns, die ich selbst frei errichtet habe. Und viel Süßes und Bückelndes liegt in dem ewigen Risiko, entlarvt zu werden. Das Leben ist ein Spiel! Ich setze auf meine Karte alles, das heißt Ruß — und gewinne immer... ohne Risiko, etwas anderes als meine Rippen zu verlieren. Aber ich bin überzeugt, daß, wenn man mich einmal prügeln wird, so wird man mich nicht verstümmeln, sondern totschlagen. Man kann sich dabei nicht gekränkt fühlen und es wäre dumm, Angst zu haben.

Nun also, junger Mann, habe ich Ihnen meine Geschichte erzählt. Und sogar mit Beilage habe ich erzählt, denn in meiner Erzählung war auch Philosophie. Und wissen Sie? — mir gefällt das, was ich erzählt habe. Mir scheint, daß ich gut erzählt habe. Ich gehe weiter — es ist sehr möglich, daß ich hier vieles erdichtet habe, aber bei Gott, wenn ich gelogen habe — kann es nur in den Thatsachen sein. Betrachten Sie die nicht, sondern meine Darstellungsart — ich kann Ihnen versichern, sie ist mit dem Original meiner Seele identisch. Ich habe Ihnen einen Braten der Phantasie unter der Sauce der reinsten Wahrheit gegeben...

Und übrigens — wozu habe ich Ihnen dies gesagt? Weil ich, mein Teurer, fühle — Sie glauben mir wenig... Freue mich Thretwegen. So! Glauben Sie dem Menschen nicht! Denn immer, wenn er von sich spricht, lügt er! Er lügt im Unglück, um mehr Mitleid zu erregen, im Glück, damit man ihn mehr beneiden soll, in allen Fällen — um die Aufmerksamkeit für seine Person zu vermehren.

Ende.

dritter Lesung das Ausführungsgesetz zum Unfallfürsorgegesetz für Gefangene und eine Reihe von Petitionen.

Das Herrenhaus hat heute die Polenvorlage angenommen. Nach der Debatte vom Donnerstag waren größere Neben nicht mehr zu erwarten, und in der That bot die Diskussion, in die seitens der Regierung die Minister Freiherr v. Rheinbaben und Studt eingriffen, lediglich eine Wiederholung von Phrasen, an denen man sich nachgerade zur Genüge heraufschälen dürfte. Ein heiteres Intermezzo bildete die Rede des Grafen v. Mirbach, der in edler Selbstgefälligkeit der Regierung vor Augen führen zu müssen glaubte, welche treue Stützen sie an ihm und seinen Parteifreunden habe. Die Konservativen würden trotz des Unfalls, den sie in Form der Maßregelung der Kanakrebellen und in Form der Ablehnung des Antrags Limburg geerntet hätten, doch der Polenvorlage zustimmen, wie sie ja von jeher in allen nationalen Fragen zu Wasser und zu Lande der Regierung treu zur Seite gestanden hätten. Aber unsonst thut die Junkergesellschaft nichts, und so präsentierte denn auch der edle Graf sofort seine Rechnung, indem er die Regierung aufforderte, eine „vernünftige Wirtschaftspolitik“ zu treiben, d. h. die von Bunde der Landwirte verlangten Bülle zu bewilligen. Die anwesenden Minister verhielten sich dieser Schnorrerei gegenüber stillschweigend.

Die Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen.

Von den Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen, die gestern stattgefunden haben, liegt bis jetzt nur eine Meldung aus Straßburg vor. Diese lautet nach der Frankfurter Zeitung: Bei den Gemeinderatswahlen werden 14 Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien gewählt. Darunter waren 8 Liberale, 4 Demokraten und 2 Merkale. Die Sozialdemokraten brachten nur einen Kandidaten durch, doch ist in allen Bezirken bis jetzt eine erhebliche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen.

Das Gemeinderatsrecht in Elsaß-Lothringen ist allgemeines direktes Wahlrecht aller Gemeindeangehörigen. Die bestehende Wahlenordnung erleichtert das Zustandekommen eines kombinierten Zusammengehens mehrerer Parteien, und so sind die Straßburger Parteigenossen schon mehr als einmal den „vereinigten bürgerlichen Parteien“ gegenübergestanden. Daß es ihnen überhaupt gelungen ist, auch nur einen ihrer Kandidaten durchzubringen, ist ein Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Partei in Straßburg annähernd so stark ist, wie alle anderen Parteien zusammen, und giebt für die nächstjährige Reichstagswahl sehr günstige Aussichten.

In Mülhausen sind die Sozialdemokraten mit den Demokraten zusammengewandert, um die Merkale Parteiherrschaft auf dem Rathaus zu stürzen, deren Gemeinderatswahl durch eine Reihe von Ständeprozessen neuerdings ausgedehnt worden ist.

Die Wahlen sind Erneuerungswahlen. Ein Drittel der Gemeindevertreter wird neu gewählt.

Aus Mülhausen im Elsaß berichtet uns im letzten Augenblick ein Privattelegramm:

Die ordnungsparteiliche Liste mit dem Bürgermeister ist durchweg unterlegen; sie zählte im Durchschnitt 5700 Stimmen. Das demokratisch-sozialistische Kartell vereinigt im Durchschnitt 6600 Stimmen. Gewählt sind neun Demokraten und ein Sozialdemokrat. Auch ist mit 4300, Hikel mit 2600 Stimmen unterlegen. Nächsten Sonntag findet zweiter Wahlgang für 26 Sitze statt.

Hueb und Hikel waren in letzter Stunde von der gemeinschaftlichen Liste der Demokraten und des Arbeiterwahlvereins gestrichen worden.

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg

feiert in diesen Tagen sein 50 jähriges Jubiläum. Ein großer Pomp wird bei dieser Gelegenheit entfaltet; mehrere Fürstlichkeiten sollen ihr Erscheinen zugesagt haben, und es regnet Orden und Auszeichnungen in Halle und Fülle. Der Bürgermeister von Nürnberg, der freisinnige Dr. v. Schuß, der seine sozialpolitischen Anschauungen aus der germanischen Vorzeit bezogen zu haben scheint, spreizte sich in einer Empfangsrede der hohen Festgäste, und verschiedene Excellenzen brachten Ehrengaben unter den üblichen „warmen Begrüßungsworten“. Im ganzen machte der gefristete Festakt, von dem ein entzückter Offiziersbericht vorliegt, einen etwas ausgedehnten Eindruck. Man konnte wohl merken, daß man in der großen Puppenstadt weilte, wo die schwierigsten Spielpuppen gebaut werden und, wenn sie aufgezogen sind, ihr Sprichlein so tadellos herunterbeten, als wären es lebhaftige Menschen von Fleisch und Blut. Das stimmte zugleich stillvoll zu der ganzen atmohäufigen Umgebung, zu den Ritterrüstungen und Trachtensammlungen und zu dem ganzen christlich-germanischen „Urväter Hausrat“, der hier seit einem halben Jahrhundert und noch länger dort aufgestapelt wird.

Die meisten hohen Ehren- und Würdenträger, die da waren, sahen aus, als ob sie selbst in dieses Museum gehörten. Und in der That könnte das Museum in Nürnberg mit einem Schlag um das Kaufensache bereichert werden, wenn man alle die längst historisch gewordenen christlich-germanischen Altertümer, die heute noch lebendig in der Gegenwart herumspuken, dort internieren wollte. Aber zur Zeit scheint die Tendenz im Gegenteil mehr dahin zu gehen, dem christlich-germanischen Mittelalter einen etwas unverständlicheren, allgegenwärtigeren Ausdruck zu geben. Wenn das mit der Restauration der alten Ritterburgen in Ost und West, in Süd und Nord so weiter geht, so wird Altdeutschland trotz aller Fabriktschötte bald um ein halbes Jahrtausend verjüngt aussehen.

Das Museum ist zudem von einer fast ärmlichen Einseitigkeit. Kunglisch vermieden sind alle „Altertümer“, die wie Dokumente der weniger glorreichen Nation der deutschen Geschichte aussehen könnten. Man hält auf wohlstandsliebige Gutgesinntheit; das Museum ist eine offiziell redigierte Geschichte in Goldschnitt mit amtlichen Retouchen. „Eigentum der deutschen Nation“ steht in goldenen Lettern als Inschrift über dem Portal; da ist es selbstverständlich, daß da mancher decent übergegangen worden ist. Nichts von dem traditionellen reichsvertreterlichen Treiben der ehemaligen deutschen Fürsten, das so oft die Grundlage der späteren Größe der Dynastien geworden ist; nichts von ihrem Wortbruch und Volksverrat nach den Fürstentumskriegen und wieder nach der deutschen Revolution, nichts von dem Verkauf von Landeskindern und den Demagogenvorfällen. Es ist ein Museum, das um so beschränkter angelegt ist, je unbeschränkter das christlich-germanische Mittelalter heute noch in Deutschland herrscht und mächtig ist. Dieses ganze

deutsche Reich mit seinen gotischen Domen und seiner Reliquienverehrung, mit seinem mühsam modernisierten Landknechtswesen und seinem halbunbestätigten Gottesgnadentum, mit seiner Militärjustiz und seinem bürgerlichen Geseßbuch ist ja nur ein einziges großes — christlich-germanisches Museum, und das Institut in Nürnberg ist nur eine kuriose Spezialität davon.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

r. Mannheim, 14. Juni. Als am 26. April d. J. der deutsche Kaiser nach Karlsruhe fuhr, um an den Jubiläumstlichkeiten des Großherzogs teilzunehmen, passierte der Hofzug auch die nahe Station Redarau. Kurz vorher hatten sich einige an einer Barriere stehende Leute über die Reife des Kaisers unterhalten, und der 25jährige Schreiner Dotter meinte dabei: „Auf welcher Seite wird er wohl herausgucken, der...?“ Dabei machte er eine dumme Bemerkung. Der Ausbruch war ihm offenbar ganz unversehens entschlüpft, und Lotter machte ein verdutztes Gesicht, als ein Arbeiter ihn darauf aufmerksam machte, daß man so etwas nicht sagen dürfe. Der Arbeiter war aber selbst nicht gerade einer der geschicktesten, denn er erzählte die Geschichte im Wirtshaus weiter, sie kam unter die Leute, und schließlich hörte auch ein Kriminalschuttmann davon. So kam Lotter auf die Anklagebank, die er mit einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten wieder verließ.

* Berlin, 16. Juni. Der Reichsanzeiger veröffentlicht in seiner Sonnabendnummer das Gesetz betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen.

Die nächste Landtagsession wird wahrscheinlich noch früher im Herbst ihren Anfang nehmen, als man bisher angenommen hat. Man nennt als Termin des Wiederzusammentritts des Landtags den 4. November. — Offenbar will man die Beschlussfähigkeit des Reichstags dadurch stützen, daß die Doppelmandatare als Landtagsabgeordnete Wahlen erhalten. Für die Zollverhandlungen wäre dies der Regierung sehr erwünscht.

Wie in Parlamentskreisen verlautet, wird im Abgeordnetenhaus von seiten der Linken der Verabschiedung des Fleischbeschaugesetzes energischer Widerstand bereitet. Es wird ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt werden in der Voraussetzung, daß das Abgeordnetenhaus nicht beschlussfähig ist. Jedoch treffen die Anhänger der Vorlage Gegenmaßnahmen, indem sie die abgereisten Abgeordneten telegraphisch zurückberufen. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Landtag vielschicht am Mittwoch noch nicht verabschiedet werden kann. — Die Nationalzeitung wiederum berichtet, es würden, um den Schluss des Landtages am Mittwoch zu ermöglichen, zu den Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschaugesetz Vorschläge vorbereitet, durch welche dem Gesetz eine Form gegeben werden soll, der gegenüber kein ernstlicher Widerstand des Herrenhauses zu erwarten ist.

Das Polizeipräsidium geht jetzt scharf gegen die sich hier aufhaltenden Italiener vor. So wurden in der letzten Woche drei italienische Drehorgelspieler aus dem Reiche ausgewiesen. Auch die italienischen Wippspielerhändler und Fabrikanten von Wippspielen werden scharf beobachtet. — Warum denn? Was ist denn passiert?

Wie eine Chamade klingt die Polemik der Deutschen Tageszeitung gegen Graf Bülow aus, die aus Anlaß seiner Haltung im preussischen Abgeordnetenhaus wie eine Fanfare begonnen hatte:

Es liegt dem Grafen Bülow nichts ferner, als einen Bruch mit der Rechten herbeizuführen; er will nur nicht, daß die Gemüter sich allzu sehr mit der Hofkrone beschäftigen, und hat dazu den allerdings falschen und vielfach mißdeuteten Weg des Verschwindens von der Hofbibliothek des Abgeordnetenhauses gewählt. Wenn also trotz alledem und alledem geschlossen werden muß, daß die Regierung in der bisherigen Weise weiter arbeiten wird, daß noch oft das beliebte „Unannehmbar“ entgegenkommen wird, welches auf die Hoftarifkommission keinen Eindruck macht und machen kann, so ergiebt sich daraus, daß nur unentwegtes Festhalten an dem für richtig erkannten und eine fröhliche, nie nachlassende Erfüllung der politischen Pflichten zum Ziele des Ganzen dienen kann. Die Regierung hat nicht mehr die Fiktion oder wenigstens nicht mehr in dem früher gewohnten Umfange; dieses Manko muß ersetzt werden durch die politische Arbeit des Volkes.

Mit dem Schlußsatz der Dertelschen Betrachtungen sind wir ausnahmsweise einmal „voll und ganz“ einverstanden; ob es nun Herr Dertel recht ist oder nicht.

Eine Wuterei der Kriegervereine gegen die Regierung kündigte rabiate und deperate Agrarier an. Zu einem agrarisch-antisemitischen Blatt der Provinz Sachsen wird den Vorkämpfern des Bundes der Landwirte ein Mißfallensvotum wegen ihrer schwächlichen Haltung erteilt bei der Verhandlung im Abgeordnetenhaus über den Zolltarifantrag. Die schwache Erklärung des Frhcn. v. Wangenheim im Abgeordnetenhaus habe dort keineswegs befriedigt. „Man halte die dorbste und größte Antwort erwartet. Eine Inschrift fordert sogar die Landwirte auf, aus allen Kriegervereinen auszuscheiden, die Ehrenämter, soweit angängig, niederzulegen und bei jeder Gelegenheit der Regierung gegenüber eine kühle, ablehnende Haltung einzunehmen.“

Da hat die Regierung den Salat! Erst organisiert sie den gesinnungstüchtigen Landsturm in eigenen Radrass zum Schutz von Thron und Altar, und nachher wollen die Mannschaften der Kriegervereine selbst eine Meinung darüber haben, welche Politik die Regierung befolgen soll. Die ganze staatsverhaltende Phalanx nicht nur das Offizierscorps der Landräte, sondern auch die Unteroffiziere und Mannschaften der Kriegervereine würde fahnenflüchtig werden, wenn Graf Bülow daran denken würde, sich von den Agrariern abzuwenden. Graf Bülow kann bald wehmütig mit Mephisto sagen: „Am Ende hängen wir noch ab von Kreaturen, die wir machen.“

Zum nationalliberalen Delegiertentag schreibt die Königsche Zeitung, die Partei müsse sich jetzt gerade mit allen Kräften rüsten, um die extremen Parteien rechts und links zurückzudrängen. Das ist doppelt nötig, seit die konservative Partei unter unfähigen, persönlich verbitterten und kurzschichtigen Führern immer mehr zu leidenschaftlicher und unrichtbarer Opposition ausartet und in den Vann der Agitatoren des Bundes der Landwirte hinabsinkt. Die parlamentarische Entwicklung der letzten Jahre hat zur Genüge bewiesen, wie sehr der Einfluß dieses agrarischen Bundes überschätzt worden ist. Der Bund wächst sich immer mehr zu einer Gefahr für die berechtigten Interessen der deutschen Landwirtschaft aus, seit er das Erreichbare mit den schärfsten, vielfach persönlich zugespitzten Waffen bekämpft und zurückstößt und der großen Menge unerfüllbare Utopien als erstrebenswerte Ziele vorgaukelt. Die positiven Hoffnungen, die die Königsche Zeitung weiter

an den Delegiertentag knüpft, gehen nicht über die Verschönerungen des Heidelberger Programms und der Miquelischen Sammlungspolitik hinaus. Um so bemerkenswerter ist die gesuchte unfeindliche Beurteilung, die das nationalliberale Organ der konservativen Partei angedeihen läßt. Die Kölnische Zeitung scheint sich durch eine kräftige Verächtlichmachung der Konservativen nach oben hin empfehlen zu wollen. Die Kölnische Zeitung ist es auch gewesen, die die Affaire vom Homburger Bahnhof an die große Glocke gehängt und damit ein liebliches Grabgelände der Konservativen improvisiert hat.

Geislerhelfer der politischen Polizei? Es gehörte zu den großen Sensationen des Berliner Gismordprozesses Tomofhle, ein sehr übel beleumundetes Mädchen, die Buchhalterin und zugleich Geliebte Kreyßmar des gemordeten Bucheragenten Löffler, als Angehörige der Berliner politischen Polizei kennen zu lernen. Und nicht nur sie, auch Löffler selbst, der an die 19 Jahre im Zuchthaus und im Gefängnis gesessen hat, wird von der Verteidigung der Dienstleistungen an die politische Polizei bezichtigt. Der Kriminalkommissar Schöne kann auf diese ungeheuerlichen Eröffnungen nur — schweigen. Sein Chef hat verboten, aus der Schule zu plaudern. Und Vermutungen werden somit nahezu zur Gewissheit.

Nichts kann schärfer unsere Zustände brandmarken, als der Nachweis, daß ein solches Paar wie der Löffler und sein Mädchen zu Polizeifunktionen verwendet werden, die sich richten gegen —? Vielleicht vermag ein Rückblick auf die Tätigkeit des Kriminalkommissars Schöne das Fragezeichen wegzulöschen. Von Schöne erhielt die Buchhalterin Kreyßmar beispielsweise einmal 100 M., ein andermal 60 M. Herr Schöne aber war es, der im Jahre 1895 die Entdeckung machte, daß die sozialdemokratische Partei ein „Berein“ sei und infolgedessen aufgelöst werden könne. Die am 29. November 1895 vollzogene Auflösung der Berliner Organisationen ist von ihm angeregt und bewerkstelligt worden. Er war es auch, der am 10. Februar 1896 den Ueberfall der Polizei auf die bei Wöhring versammelten Genossen inszenierte und leitete. In den Gerichtsverhandlungen, welche diesen Aktionen folgte, war wieder Kriminalkommissar Schöne der Hauptbelastungszeuge wider unsere Genossen. Schon damals fiel es auf, daß der Herr Kommissar, der sich mit der genauesten Kenntnis unserer Organisationsverhältnisse brüstete, über viele Dinge die abenteuerlichsten Vorstellungen zu haben schien. Man kann sich nach dem Fall Kreyßmar annähernd vorstellen, aus welchen Quellen die Polizei ihre Kenntnis vom Wesen der Umsturzpartei geschöpft hat.

Früchte der Kaninchenpolitik. Aus Westfalen kommende Meldungen bestätigen, daß auch unter den dortigen Polen eine lebhafteste Bewegung im Gange ist, bei Anwesenheit des Kaisers in Rheinland und Westfalen sich der entschiedensten Zurückhaltung zu befleißigen. Weiter beschloffen stark besuchte polnische Volksversammlungen, daß alle Polen bei Gefahr, als Verräter und Betrüger gekennzeichnet zu werden, keinem deutschen Verein angehören oder mit ihm in Verkehr treten dürfen. So schreibt die Post.

Nun wird die Regierung wohl bald einen weiteren Hundertmillionenfonds fordern, um auch in den westlichen Provinzen die frommen Hasen gegen die bösen Kaninchen zu verteidigen. Die Polen werden für Preußen eine „teure“ Nation.

Die militärgerichtlichen Wertwürdigkeiten häufen sich. Der Sergeant Bohrer von der 5. Compagnie des 18. Infanterieregiments in Landau hatte Mitte Januar einen Rekruten sich gänzlich entwickeln lassen, ihn so unter das offene Fenster gestellt und mit kaltem Wasser übergossen und durch zwei von ihm kommandierte Soldaten mit Wurzelbirnen abgehauen lassen. Er bekam jetzt fünf Tage Mittelarrest dafür und darf nicht weiter kapitulieren. Und das ist alles?

Dem Evangelischen Sonntagsblatt gehen die Augen auf. Es schreibt zum Stuttgarter Straßenbahnerstreik:

Als vor etwa zehn Jahren der Sonntagsgesundheitsverein es sich angelegen sein ließ, für die Angestellten der Straßenbahn einen größeren Anteil an der nach göttlichem und menschlichem Recht ihnen zustehenden Sonntagsruhe zu erlangen, gab es nur taube Ohren; jetzt, nachdem die Sozialdemokratie sich der Sache angenommen hat, werden wohl allerlei begründete Forderungen genehmigt werden müssen. Ist das nicht sehr demütigend für die heutige Gesellschaft?

Wird das Sonntagsblättchen nun wohl so ehrlich sein, seinen Lesern die Unterstützung der — Sozialdemokratie zu empfehlen, um auch andere wichtige Reformen und Verbesserungen durchgeführt zu sehen?

d. Wir lassen alle Hoffnung fahren. Die extrem agrarische, ultramontane Rheinische Volksstimme ist durch Annahme des Zudergesetzes sehr deprimiert. Das Blatt schreibt: „Wir sind nach und nach sehr pessimistisch geworden in Bezug auf die Militärgesetzgebung unserer Reichsboten der gegenwärtigen so schwankenden Reichsregierung gegenüber. „Wenn wir das Verhalten der Reichstagsmehrheit beim Zudergesetz und der Brüsseler Konvention betrachten, so steigt uns unwillkürlich die Erinnerung an das Zustandekommen des russisch-deutschen Handelsvertrages auf — und wir lassen alle Hoffnung auf die Verabschiedung eines die Landwirtschaft und Industrie paritätisch behandelnden Zolltarifs fahren. . .“

Recht unzufrieden ist das Blatt mit dem Centrum. Mit Bezug auf die Haltung dieser Partei beim Zudergesetz bemerkt das Organ der frommen katholischen Bauern: „Würde die Mehrheit im Centrum sich ebenso diplomatisch abwägend und nur das Erreichbare erstrebend, vor 30 Jahren gezeigt haben, so wäre Bismarck niemals nach Canossa gegangen.“ Über das Fortmachen scheint nach Meinung des Bündlerorgans zwecklos zu sein, denn es kommt schließlich zu folgendem Entschluß: „Nun wird gar gedroht, es stehe ein Systemwechsel bevor — und deshalb müsse man erst recht vorsichtig operieren und nur das Erreichbare erstreben! So zu lesen in einer Berliner Korrespondenz für städtische Centrumsblätter. Da fragen wir: Dann verzichte man lieber auf die ganze Rederei im Reichstage und lasse die Regierung allein machen!“ Sollte man wirklich die Hoffnung auf den Vorkontariff aufgeben haben — oder will man nun mit vollem Vertrauen der Regierung die Durchkämpfung des Hungertarifs überlassen.

Wann siddentischen Eisenbahnerkriegsantrag. In der Tarifkommission des württembergischen Landtags wurde bekannt gegeben, bei Einführung der 4. Wagenklasse auf der Eisenbahn würde der Ausfall für Württemberg unter Verletzung mit dem Ausfall bei Verstaatlichung der heftigen Subwogsbahn 1943000 M. und unter Verletzung mit dem Ausfall bei Einführung der preussisch-heftigen Eisenbahngemeinschaft 2019401 M. betragen. Nach der Schätzung der Eisenbahnverwaltung würde unter Anrechnung aller in Betracht kommenden Verhältnisse der Ausfall jährlich 800000 M. betragen.

Die Kommission nahm den Antrag an, die Regierung zu ersuchen, sobald die Finanzlage einen vorübergehenden Ausfall während der Uebergangszeit gestatte, die Grundlage für die dritte Klasse auf 2 Pfg. für den Kilometer festzusetzen. Der Verkehrsminister erklärte, die Regierung könne nur unter Vereinbarung mit den übrigen süddeutschen Verwaltungen an eine so einschneidende Reform des württembergischen Eisenbahnbetriebes herantreten.

st. Hottok. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Wahl zur Bürgervertretung, zu welcher unsere Genossen zum erstenmal überhaupt einen Kandidaten aufgestellt hatten, wurde Genosse Gröth mit 43 gegen 33 Stimmen in der dritten Wählerklasse gewählt. Unser Kandidat in der zweiten Wählerklasse erhielt 13 Stimmen. Der Sieg ist um so höher zu veranschlagen, als hier nur wählen darf, wer sich das Bürgerrecht um 20 M. erkaufte.

(*) Stuttgart, 15. Juni. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat gestern eine Interpellation eingebracht des Inhalts, ob die Regierung im Bundesrat für eine Ergänzung des § 153 der Gewerbeordnung eintreten will in dem Sinne, daß jeder, der durch Eröffnung der Arbeitslosigkeit, Gewalt, Drohung oder Verbot einen anderen an der Ausübung des im § 152 gewährleisteten Koalitionsrecht verhindert, bestraft wird. Die Interpellation wird Gelegenheit bieten, den ganzen Straßenbahnerstreik in seiner ganzen Breite vor dem Landtag aufzurollen und insbesondere wird der Minister des Innern sich über die „sittlichen“ Rechtsgrundsätze aussprechen müssen, die dem Urteil des Stuttgarter Amtsrichters über den Straßenbahnerstreik zu Grunde liegen.

Der Stuttgarter Gemeinderat hat leider beschlossen, sich mit dem seinen Antrag auf Ueberführung der Straßenbahn in städtische Regie ablehnenden Entscheid des Amtsgerichts zufrieden zu geben, also auf die Einlegung der Berufung beim Landgericht zu verzichten. Es wäre zum wenigsten interessant gewesen, die famosen Urteilsgründe, die ein stellvertretender Amtsrichter erfunden hat, durch ein höheres Gericht nachprüfen zu lassen.

Zu dem morgen hier beginnenden Gewerkschaftskongreß haben außer den drei Gewerbeinspektoren und der Assistentin der Gewerbeinspektionsbehörde auch Vertreter des Ministerriums und der Stadtverwaltung ihr Erscheinen zugesagt.

München, 14. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat gestern nach erregter Beratung das gesamte Schulbedarfsgesetz mit 85 gegen 66 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmte das ganze Centrum sowie ein konservativer und ein Liberaler.

Zuvor war nach lebhafter Debatte der besonders umstrittene Simultanschulparagraf in der Fassung des Beschlusses der Kammer der Reichsräte acceptiert worden. Für diesen stimmten das Centrum und die meisten Mitglieder der freien Vereinigung, dagegen stimmten die Liberalen und die Sozialdemokraten.

Frankreich.

Das Ministerium Combes vor der Kammer.

(*) Paris, 13. Juni. Potenzierte Verschönerung — dies ist der Eindruck und das Ergebnis der ersten Interpellationsdebatte über die Politik des neuen Ministeriums. Insaft in die verschönerne ministerielle Deklaration etwas Klarheit zu bringen, haben die Ausführungen des Ministerpräsidenten jene in noch dickeren Nebel gehüllt. Combes hat eigentlich als Anhänger oder Stellvertreter des Kabinetts Waldeck-Rousseau gesprochen, welches er wieder einmal, wie schon in seiner Deklaration, mit Lob überhäufte, nicht aber als selbständiger Regierungschef, Leiter einer eigenen klaren Politik. Auf alle entscheidenden Fragen der feindseligen Interpellanten blieb er die Antwort schuldig. Er flüchtete sich in die Allgemeinheiten einer neuen Kriegserklärung an den Merkantilismus und Nationalismus.

Und doch hatte ihm die Interpellationsrede von Jaurès seine Aufgabe ungemein erleichtert, wenn er den geringsten Wunsch oder die geringste Möglichkeit gehabt hätte, eine klare Antwort zu geben. Jaurès zeigte sich namens seiner Fraktion ministerfreundlich genug, um das Regierungsprogramm in dessen klar aufgezählten Punkten „ungefähr hinlänglich“ zu finden, wenigstens für das erste Jahr der neuen Legislatur. Das weitere, die eigentlich radikalen Forderungen der Trennung zwischen Kirche und Staat und der Steuerreform, sowie die Altersversicherung verschob Jaurès auf die folgenden Jahre. Dabei suchte er die vage Steuerformel des Regierungsprogramms im Sinne einer progressiven Einkommensteuer auszulegen. Der Ministerpräsident ging aber auf diese freundlichen Auslegungen nicht ein. Im durchbohrenden Gefühl seiner Bescheidenheit verwahrte er sich dagegen, an einen Arbeitsplan für die ganze Legislatur gedacht haben zu wollen. Die Ausfüllung der nächsten Session genüge ihm vollkommen. Die Steuerreform werde das sein, was aus der Zusammenarbeit der Regierung und des Parlaments herauskommen werde. Keine Reform komme auf einmal zu stande, es sei denn während einer gewaltsamen Revolution, sonst werde alles „Stück um Stück“, „nach und nach“ reformiert. Man dürfe nicht „die Interessen alarmieren“ — will sagen: die Interessen der Bourgeoisie. . . Mit einem Wort, der radikale Ministerpräsident lernte die alte opportunistische Vitanei der Bourgeoisrepublikaner herunter, die seit mehr als 20 Jahren zur Verschleppung und Verzerrung aller Reformen gedient hat.

Der Ausgang der Debatte stand von vornherein fest. Die vier Linksgruppen einschließlich der Jaurèsisten vollerten geschlossen eine im voraus gemeinsam redigierte Vertrauensformel, die rückwärtslos nur von dem rechten Flügel der Radikalen und ganz besonders von der halbradikalen „demokratischen Union“ vollert werden konnte. Die linksradikale Fraktion gab vor dem Votum eine ihre prinzipielle Stellung reservieren sollende Erklärung ab.

Die Vorbehalte der ministerfreundlichen Sozialisten waren in Jaurès Rede angedeutet, wenn auch nicht eigentlich dem Ministerium gegenüber, sondern gegenüber der „Zusammenarbeit mit der ganzen Linken“ überhaupt. Jaurès markierte nämlich den prinzipiellen Gegensatz zwischen der sozialistischen und der bürgerlich-demokratischen Aktion, ungeachtet der gemeinsamen Reformarbeit. Im übrigen flüchtete Jaurès die sozialistische Aktion ebenso, wie auf dem neulichen Parteikongreß, in jene Zusammenarbeit bisher noch nie so planmäßig und so drastisch zum Ausdruck gekommen, wie in der gemeinsamen Abstimmung eines Vertrauensvotums.

Die blauquittisch-gueddistische Fraktion präziserte ihre Stellung in einer von Dejeante verlesenen Erklärung, sowie in folgendem Resolutionsantrag: „Die Kammer ladet die Regierung ein zu einer energischen Aktion gegen den Militarismus, den Merkantilismus, den Kapitalismus und die Reaktion, insbesondere aber zur Sicherung unserer republikanischen Grund-

lungen durch soziale und proletarische Reformen, die vom organisierten Proletariat gefordert werden.“ Demgemäß wird die Fraktion, wie Dejeante erklärte, für alle jene Reformen stimmen und entsprechende Regierungshandlungen billigen, aber allgemeine Vertrauensformeln könne sie nicht vollziehen; sie werde in der kapitalistischen Gesellschaft niemals ministeriell sein: „Wir sind und wir bleiben die sozialistische Partei, die Partei der Revolution. Einzig das Interesse der Republik und das der Arbeiterklasse diktiert unsere Handlungen, unsere Worte, sowie unsere sozialistischen und republikanischen Abstimmungen.“ Die Fraktion hat aber auch vorläufig nicht gegen das Ministerium stimmen wollen, um „ihre Stimmzettel nicht mit denen der Nationalisten und der Reaktionskräfte zu vermengen“. Sie hat sich also diesmal der Abstimmung enthalten. Mit den antiministeriellen Sozialisten haben sich übrigens auch fünf Jaurèsisten der Abstimmung enthalten.

Andererseits übten Enthaltung die Molinisten, trotz der einladenden Handbewegung des Ministerpräsidenten.

Warten wir ab, welche der beiden gegensätzlichen Stimmhaltungen durch die Regierungshandlungen gerechtfertigt werden wird. Die Regierungsworte haben freilich die sozialistische Stimmhaltung bereits gerechtfertigt, ja notwendig gemacht.

Großbritannien.

Die Trade-Unions und die politische Aktion.

r. London, 14. Juni. Die Gewerkschaft der Briefträger, die 25 172 Mitglieder zählt, hielt diese Woche ihren Jahreskongreß in Edinburgh ab. Mit einer Mehrheit von 2269 Stimmen faßte der Kongreß den Beschluß, einen eigenen Kandidaten für die nächsten parlamentarischen Wahlen aufzustellen und zu diesem Zwecke Beiträge zu sammeln. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Briefträger sich für Mr. Steadman als ihren Kandidaten entschließen. Steadman ist Präsident des Parlamentarischen Komitees des Trade-Union-Kongresses. Er wird auch in sozialistischen Kreisen als ein treuer und energischer Vertreter der englischen Arbeiterklasse geachtet.

Das Gewerkschaftskartell von Southampton berief diese Woche eine Massenversammlung der Arbeiter, um über den Eintritt in die politische Aktion zu beschließen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Diese Massenversammlung der organisierten Arbeiter Southampton erklärt, daß zum wirkungsvollen Schutze der Interessen der Lohnarbeiter eine politische Arbeiterpartei nötig sei. Sie verpflichtet sich, eine solche zu bilden und eigene Kandidaten für die nationalen und lokalen Körperschaften aufzustellen.“

Die Vereinigung der Bergleute von Durham beschloß, mehrere Kandidaten für die nächsten Wahlen aufzustellen. Die Grashoff Durham schickt 9 Abgeordnete ins Parlament: 7 Liberale, einen liberal-unionistischen (kons.) und einen Bergarbeitervertreter (J. Wilson). Gleichzeitig faßte die Vereinigung aber den Beschluß, auch für die Folge dem Trade-Union-Kongresse fernzubleiben.

Für eine eigene parlamentarische Vertretung haben sich ferner in den letzten Monaten ausgesprochen: Die Bergarbeiterföderation (ungefähr 400 000 Mitglieder), die Metallarbeiter, die Kesselschmiede, die Eisenbahnangestellten, die Gasarbeiter, die Dockarbeiter, die Schuhmacher etc. Wer die englische Gewerkschaftspressen aufmerksam liest und mit Trade-Unionisten verkehrt, kann gar nicht darüber zweifeln, daß eine tiefe Erregung durch die englischen Arbeiterorganisationen geht. Nichtsdestoweniger können wir uns einem Optimismus nicht hingeben. Es fehlt den englischen Arbeitern an politisch-ökonomischer Bildung und überhaupt an durchgreifendem Denken.

J. A. Hobson, beileide kein revolutionärer Sozialdemokrat und kein Marxist, schreibt im sozialistischen Arbeiterblatt Clarion von gestern:

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre kann ich mich der Hoffnung nicht hingeben, daß es möglich wäre, eine intelligente Volksmeinung zu schaffen, die den beiden politischen Eliten (Konservativen und Liberalen) das Heft aus den Händen winden konnte, um es im Interesse der Gerechtigkeit und des Volkes zu benutzen. Unser Volk ist weder intelligent, noch edel oder freisinnig lebend. Es läßt sich von irgend einem jungensfertigen Charlatan leiten. . . In den letzten 25 Jahren ist das Volk serviler geworden in seiner Loyalität für Königtum, Aristokratie und die „höheren“ Klassen. Es ist vollständig gleichgültig geworden gegen die Schläge, die der parlamentarischen Freiheit und der Volkskontrolle über die Regierung versetzt worden sind.

Wie gesagt, Hobson ist kein gegen die Trade-Unions voreingenommener Sozialist. Wäre er in Deutschland, er würde höchstwahrscheinlich für die Ethische Kultur, die Hilfe und die Sozialistischen Monatshefte schreiben. Und doch dieses scharfe Urteil! Auch er denkt nicht viel von der entscheidenden politischen Arbeiterpartei.

Gewiß ist dieser Verwegung kein großes Gewicht beizulegen. Die Sache ist die: entweder sind die Interessen der Arbeiter denen des Kapitals nicht entgegengesetzt, oder sie sind es. Sind sie es nicht, so ist eine besondere Arbeiterpartei überflüssig; es würde vollständig genügen, einige Arbeitervertreter im Parlament zu haben, um als Sachverständige bei Arbeitergesetzen mitzuraten. Diese Schlussfolgerung ist kein einfaches logisches Spiel. Sie ist vielmehr die inhaltliche Auffassung, die im englischen Leben herrscht. So oft aristokratische und bürgerliche Sozialreformer den Arbeiterkandidaten zu Hilfe eilen, kann man den Ausspruch hören: „Wo need exports of labour in Parliament (Wir brauchen Arbeiter als Sachverständige im Parlament). So sprechen z. B. die sozialreformeriellen Gräfinnen von Warwick, von Carlisle, der Herr von Elibank etc. Die Bierbrauer, die Banquier, die Arbeiter, die Versicherungsgesellschaften etc. haben ja auch ihre parlamentarischen Sachverständigen. Nach dieser Auffassung ist die Gesellschaft ein einheitliches Ganzes, in dem verschiedene Gruppen sich befinden.

Sind aber die Interessen von Kapital und Arbeit in letzter Instanz unüberbrückbar, d. h. hat die kapitalistische Gesellschaft einen Klassencharakter und ihre Konflikte sind Klassenkämpfe, dann genügt offenbar eine einfache Arbeiterpartei nicht. Da kann nur eine sozialistische Arbeiterpartei helfen. Nur diese hat ein Programm, das den Klassen Gegensatz befeitigen will. Sie kann aber auch alles das leisten und infolge ihrer Klarheit noch besser leisten, was eine einfache Arbeiterpartei zu leisten sich vornimmt.

Alein in England denkt man nur stückweise. Man sieht nur einzelne Thatfachen. Der Gesamtbild fehlt. Deshalb das Irren und Tölpeln von einer Stufe zur anderen. Der Krieg hinterließ England zwei Schlagworte: „Muddling through“ (sich durchirren) und „Drifting“ (sich ziellos umhertreiben). Sie bezeichnen auch die sozialpolitische Methode des englischen Volkes. Aber sie ist köstlich und schmerzhaft.

Hierzu eine Beilage.

Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz und Umgeg.

E. G. m. b. H.

Wegen vorzunehmender Inventur bleibt unsere **Schnitt- und Modewaren-Verkaufsstelle**

Leipzig, Kolonnadenstrasse 11

Dienstag den 17. Juni und Mittwoch den 18. Juni geschlossen. Dies den geehrten Mitgliedern zur Nachricht.

Leipzig-Plagwitz, den 16. Juni 1902.

Der Vorstand.

[5689]

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch den 18. Juni abends 7/9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Saale der Zwei Linden, Lindenau, Karl Heine-Str.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: **Frauenkrankheiten.** Ref.: Frau Friedrich. 2. Diskussion.

Eintritt ist nur Frauen und Mädchen gestattet.

Bahrscheinl. Besuch erwartet

D. V.

Brechdurchfall ist ungefährlich

wenn die Mütter rechtzeitig **Garm's** Leipziger Chalyssa-Hafergries verabfolgen. Denn laut ärztl. Anerkennungen hat sich gerade dieses Spezial-Haferpräparat als ein diätetisches Nähr- u. Heilmittel erwiesen, das als solches thätigst nicht zu entbehren ist, indem es in unvergleichlicher Weise den Reizzustand des Magens und Darmes beruhigt und dabei in leichtverdaulicher Form dem Körper die wichtigsten Nährstoffe zuführt. Abwärtigen und schwächlichen Kindern gebe man Chalyssa-Nährsalz-Hafergries. Allein echt nur zu haben:

Sanitäts-Bazar „Chalyssa“ (an der Wachehalle Königplatz) und in den Apotheken: **Leipzig**, Dorotheenstr. 30; **Gohlis**, Gohlische Str. 31; **Volkmarstorf**, Schulstr. 74; **Plagwitz**, Schöcherische Str. 30. Verkaufsstellen: **Lindenau** im Lindenbad; **Connewitz**, bei S. Helm, Dorotheen; **Entschlitz**, in der Adler-Drogerie.

Bücher kaufen und liefern **Krüger & Co., Kurprinzstr. 64**

Möbel - Auktion!

Dienstag den 17. Juni v. 10-6 Uhr versteigere ich in L.-Schleusen, Blümenstr. 14, einen großen Posten Möbel als Sofa, Tisch, u. Tischstühle, 2 Kleider-schränke, 1 Vorkassensch., 2 Vertikows, franz. u. Deutsche Bettstellen m. Matr., Wein, Cognac u. Schokolade etc. 5684) **C. H. Keller**, Auktionator.

Reise-Koffer Taschen

Touristen-Taschen sowie alle Lederwaren in größter Auswahl. **Oswald Bache**, Windmühlstr. 47. Eigene Fabrikate. - Billigste Preise.

Fahrrad-Mechaniker Drenzel

Zeltner Str. 31 - Eisenbahnstr. 31 repariert, vernichtet, emailliert Fahrräder aller Fabrikate u. liefert alle Ersatzteile sachgemäß und billigst. **Neue Fahrräder** von 110 Mk. an unter Garantie. [2858] **Luftschläuche** von 3,75 Mk. an. **Laufdecken** von 6,25 Mk. an. **Glocken** von 30 Pfg. **Lampen** von 1,25 Mk. an. Seit 12 Jahren größte, beste u. billigste Reparaturwerkstatt.

Uhren-Reparaturen

auch an Gold- und Schmuckstücken, sachgemäß schnell und billig bei [4565] **Alex. Schmidt**, Dresdener Str. 65. Uhrmacher.

Billige Fahrräder, Luftschläuche, Laufdecken, Fahrradklarer

unter Garantie von 4 A an unter Garantie, von 7,50 A an offeriert [5196] **Ellsenstrasse 12.**

Schwitzer für Herren u. Knaben

bleibt billigst ab die Fabrik [8368] **Weststrasse 67, pt.**

Kraft-Rotwein
Bintarmen und Kranken ärztlich empfohlen
Flasche 1,60 und 2,10 A, überall zu haben

empfiehlt **Dr. von Walek.**
Hirsch-Apothek, Johannispf. Hof-Apothek, Hainstr. 9. Johannispf. Apotheke, Dresdener Str. Germania-Apothek, Promenadenstr. 9. Fürst Bismarck-Apoth., Kohlgartenstr. 87. Flora-Apothek, Merseburger Str. Friedr.-Apothek, GutsMuths-Str., Lindenau Kronen-Apothek, Gohlische Str. 54. Ost-Apothek, Hauptstr., Gde. Burg, Str. Rosen-Apothek, Schleißig, Könnertstr. Salomonis-Apothek, Grimm, Str. 17. Schiller-Apothek, Neuh. Gohlische Str. 70. Sonnen-Apothek, Süßplatz 1. Sophien-Apothek, Pl. Schöcherische Str. 65. Albertstr. 1, Droguerie zum roten Kreuz. Bayerische Str. 5, Bavaria-Droguerie. Bayerische Str. 51, C. Wessels. Bayerische Str., F. Hartmann. Brühl 1, Central-Droguerie. Westhofenstr. 21, Th. Peter. Burgstr. 10, Neblich Nachfgr. Kolonnenstr. 9, Germania-Droguerie. Dresdener Str., F. G. Ritter. Dresdener Str. 36, Stephan-Droguerie. Dorotheenplatz 1, Hausb. Nachf. Eisenbahnstr. 55, M. Hilbert. Eisenbahnstr. 19, B. Hilde. Frankfurter Str., Otto Klautschke. Gerberstr. 13, Albin Reichel. Gerberstr. Reinhardt. Gohlische Str. 49, D. Täyler. Gohlische Str. 45/47, Reinb. Hülse. Kurlstr. 22, C. F. M. Heine. König Johann-Str. 18, R. Hartmann. König Johann-Str. 11, J. C. Lehmann. Kreuzstr. 42, Hagemann. Lorgingstr. 1, G. H. Stechner. Lange Str. 82a, R. Bethmann. Rantische Gasse 7, C. Hoffmann. Raurberger Str. 40, A. Brück, Nachfgr. Tauscher Str., Germania-Droguerie. Theaterplatz 1, P. Wiederemann. Thomasstr. 16, Alfred Droge. Süßstr. 33, A. Beer. Uferstr. 4, Adolph Reinhardt. Windmühlstr. 44, S. Rutschbach. Waldstr. 27, Ernst Vogel. Windmühlstr. 37, Gebr. Spilner. Zeiger Str. 43, M. Kretschmar. Zeiger Str. 37b, Adler-Droguerie.

Briquet, Marke „Prehlitz“

1 Centner vom Lager Mk. 0.82
1 Centner frei Haus Mk. 0.75
10 Centner frei Haus Mk. 6.50
Pr. Dreißiger Steinbohle zu bill. Preisen.
Aus. Bissler, Hoho Str. 46, Ecke Zeltner Str.

Reparaturen

an Uhren jeder Art, nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei
Gustav Kaniss
Uhrmacher, Tauscher Straße 6.

10 Proz. Extra-Rabatt

gewähren wir von jetzt ab auf alle am Lager habenden **Puch-Räder.**
2 Jahre Garantie.
Albrecht & Gehlert, Gutenbergstr. Nr. 3.
5666) Fernsprecher Nr. 8258.

Cigarren, Cigaretten

Genossenschafts-Rantabak empfiehlt
Heinrich Borleis
Marktallenstr. 12, geg. der Markthalle.

Warzen und Gewüchse

beseitigt: **Ernst Ulrich**, Barbier
Ede Molitz- und Brandvorwerkstr.

Geschlechtsl.

fr. u. veralt. Fälle behand. nach bew. Meth. gründl., gewissenh., diskret **Schmidt**,
Rödingplatz 4, II. 9-1, 6-8.

DAS BESTE APENTA
OFENER BIT TERWASSER

Böttcherei Gohlis, Georgstr. 19
empfiehlt große Auswahl in Balsagefäßen
Reparaturen dazwischen. [5689]

Kleiderschrank, Sofa, Bettst. m. Matr. billig zu verkaufen. GutsMuths-Str. 19, p.
Prima Laufdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill. Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 1.
Nur Damenkleider in großer Auswahl billig zu verl. **Plagwitz, Mühlstr. 31.**
Laufdecken Mk. 6.-
Luftschläuche Mk. 3.25
mit Garantie [2577]
Sommerlatte, Pfaffendorfer Str. 13.
8810n. Bandoneon f. 14 A zu verkaufen. Lindenau, Geraer Straße 17, I.

Petroleumföcher, Kammitz, sehr billig zu verkaufen. Reichenhainer Str. 6, p.
Buch der Erkrankungen, neu, spottb. zu verkaufen. Gohlis, Braustr. 18, S. I. W.
10 St. gebr. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schneider u. Schuhm.-Mach. billig zu verl. **Münzstraße 20, S. I. I.**
Guterhaltene Rad billig zu verkaufen. Stötterth, Wasserturmstr. 2.
Band- u. Geschäftsw. v. h. Neufch. Str. 67
3 Handwagen, 2 räd., m. Federn, billig zu verkaufen. Schönef., Dimpfstr. 54.

Größer Handwagen, pass. f. Straßen-, billig zu verkaufen. Lind., Gohle Str. 2a.
4 räd. Handwagen, Latten- u. Drahtsaum zu verl. Lind., Gemeindefamstr. 20.
1 fast neuer Kinderwagen billig zu verkaufen. Bismarckstr. 20, p.
Guterh. Kinderwagen m. Gummir. zu verkaufen. Selterh., Edlichstraße 8, III. I.
Guterh. Kinderwagen billig zu verkaufen. Reudnitz, Allenstraße 34, II. r.
Gebr. Kinderwagen billig zu verkaufen. Lindenau, Uhländstraße 7, I. I.

Verstellb. Kinderstuhl billig zu verkaufen. Reudnitz, Antonienstr. 41, I. I.
Damenhündch., Vol. 8 Mon., m. Steuern, abreisb. bill. zu verl. Mittelstr. 18, III.
Alter Kleiderschrank zu kaufen gesucht. R. Janke, Städt., Leipziger Str. 20, II.
Handwagen, 2-3 Str. Tragkraft, zu kaufen gesucht. Vo., Konradstr. 78, I. r.

Altes Gold

kauft z. höchst. Preisen
Uhrmacher Becker.
Rant. Steinweg 88.

Wohnungsanzeigen.

Wohnungen
2 Stuben, Kammer, Küche, Keller und Bodenstube, im Preise von 180 Mk., sind per 1. Juli zu vermieten, auf Wunsch mit Garten, bei Wärter **Pönsch, Klein-Wiederitzsch, Bodelwitzer Str.**
2 Wohnungen, sehr geräumig, Preis 380 u. 400 Mk., Nähe Plagwitzer Bahnhof, sofort zu vermieten. Hausmannsposten kann mit übernommen werden. Auskunft erteilt **Franz Altmann, Marktansdörfer Str. 20, I.**
Wohnung billig zu vermieten. Zu erstgenen **Paunsdorf, Neuer Gasthof.**
Al. Logis, St., R. u. R. (Pr. 160 Mk.), 1./7. zu verm. **Klein-Schöcher, Bahnhofstr. 5.**
Seere 2 heustrige Stube mit Kammer zu verm. **Kleinschöcher, Bahnhofstr. 2b, III.**

Käufe und Verkäufe.

1 prachtv. Bettstelle, Matratze, Ober- u. Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 A, sofort zu verkaufen. **Brühl 46/48, Vorderb.**
Oberb., Unterb. u. Kissen 13 A, herrsch. Bett 13 A, Bettst. u. Matr. sehr bill. sof. zu verl. **Lindenau, Markt 17, Fr. A. I. r.**
Kleidersek. 25, Vert. 28, Plüsch-Ottom. 45, Bettstelle m. Matratze 16 A. **Burgstr. 9, I.**
Gebr. Sofa u. Matratze zu verkaufen. **Volkmarstorf, Juliusstraße 20, p. r.**

1. Juli freie Stube zu vermieten, **Kleinschöcher, Gustav Adolf-Str. 22, III. 20.**
Große separate Stube an einzelne Person zu vermieten. **Kräftstr. 21, S. I. I.**
Eine Schlafstube für ein Herrn frei. **Leipzig, Dorotheenstr. 9, IV.**
Frei. Schlafstube an 1 Herrn od. Mädchen zu verm. **Plagwitz, Erdmannstr. 8, pt. I.**
Eing. Schlafstube m. Mittagst. im Nord- od. Ostv. **Plagwitz, Dorotheenstr. 17, I. r.**
Seere 2 heustrige Stube (Wille Plagwitz) 1./7. zu mieten gef. **Lindenau, GutsMuths-Str. 7, II. r.**

Vermischte Anzeigen.

Unabh. Frau f. Beschäft. f. d. g. Tag b. Kind. o. Ausb. **Frau Wagner, Pl. Bettnerstr. 39, IV.**
Kellere unabh. Frau tagsüber gefünd. **Eisenbahnstraße 100, III. r.**
Gute Heilmutter für 5jähr. Knaben gesucht. **Gebl. Off. Sbonienstr. 49, IV.**
Kindw. tagsüb. in Pflegegegn., auchgr. l. gang. **Do. Mariannenstr. 84, IV. 3. r. r. Sonntag.**
Kind wird in saubere Pflege genommen. **Schleußig, Könnertstraße 14, II. r.**

„Unterrecht“ erteilt zu jeder Tageszeit, auch Sonntags

Lanz Herm. Papst, Braustr. 25.

Bilder jeder Art werden billigst angefertigt. **J. Dachselt, Eisenstraße 30.**
Möbel werden gut u. sauber poliert u. lackiert. **Dimpfstr. 54, III.**

Nähmasch.-Reparaturen R., Bergstr. 18.
Verdorrene Scheren schleift u. Garantie **Dampfschleiferei, Mittelstraße 7.**
Geldschächeln m. Vorlem., S. W. Inbalt verl. **G. D. u. Bel. abg. Städt., Hauptstr. 34, II. r.**
Bettst. u. Matratze verl. v. Schillinghof u. Plagwitz. **Geg. Vellohn. abg. Mühlstr. 31, p. r.**
Mauskorb m. Steuermark 6482 verloren. **Reudnitz, Mühlstraße 18, III.**
Weiß. Schirmgriff Wittenb. Str., Entw. verloren. Bitte abg. **Anhalter Str. 20, I. r.**

Familienanzeigen.

Ihrem lieben Freunde u. Stammesgenossen, Herrn [5687]

Emil Weimann u. Frau
die herzgl. Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit. **M. R. M. R.**

Ihrem Papa gratulieren zum Geburts-tage. **Waltzer, Otto, Feiba u. Mama.**

Unserem Klubbruder **Georg Schröder** zu seinem morgigen **Wienfest** ein **Gut Blatt!**

Die Tassen.
[5688] **Die gratul. ungl. lieben Papa Richard** Feitsche z. heut. Geburtstag. **Mama u. Elsa.**
Frau Rosa Schmidt gratulieren zum 27. Geburtstag. **M. R. M. R.**

Meinem lieben **Onkel** die herzlichsten Glückwünsche zum **27. Wenzelsfest.**
zu gute mal.

Inserem langjährigen bewährten Genossen und Freunde **Emil Weimann** nebst seiner Gattin zu ihrer heute stattfindenden **Silbernen Hochzeit** [5688] hierdurch die herzlichsten Glückwünsche. **Die Genossen von L.-Anger und L.-Neufelderhausen.**

Vierter deutscher Gewerkschaftskongress.

g. Stuttgart, den 15. Juni 1902.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress tritt Montag früh hier in Stuttgart im Festsaal des Gewerkschaftshauses zusammen.

Der Gewerkschaftskongress wird sehr stark besucht sein. Beinahe zweihundert Delegierte sind bereits angemeldet.

Als Gäste sind ferner gemeldet der Redakteur des polnischen Gewerkschaftsblattes Oskola A. Sremksi aus Posen und R. Apinski-Stepyga aus Warschau als Vertreter des Vereins Arbeiterpresse.

Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige. Sie enthält:

- 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission:
a) Allgemeine Agitation.
b) Agitation unter den Arbeiterinnen.
c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
d) Reichs-Arbeitersekretariat.
e) Korrespondenzblatt der Generalkommission.
f) Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung.
3. Schlichtungswesen.
4. Hausindustrie.
5. Die Tätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate.
6. Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung.
7. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.
8. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in den Gewerkschaften.
9. Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.
10. Anträge.

Möglichstweise wird einer in Berlin gefassten Resolution entsprechend die Frage der Anwendung des Erpressungsparagrafen gegen die Tätigkeit der Gewerkschaften verhandelt werden.

Die Beratungszeit wird sich von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit einständiger Mittagspause erstrecken.

Zugelassen zum Kongress sind nur Zentralorganisations- und solche Lokalorganisations, die verhindert sind, sich central zu organisieren.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur Krankheit des Königs. Die königlichen Blätter Dresdener Journal und Leipziger Zeitung bringen gleichlautend folgende Meldung: Die von auswärtigen Blättern verbreiteten alarmierenden Nachrichten aus Sibyllenort sind nicht begründet.

Konservative Plankerei. Zum Landtagschluss schreibt das konservative Vaterland: „Ausergewöhnlich schwierige Aufgaben waren ihm gestellt, und dank der opferwilligen Hingabe der Mitglieder beider Kammern ist es gelungen, sie zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen.“

Kleine Chronik.

Leipzig, 16. Juni.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater kommt am Dienstag das Subermannsche Schauspiel Glück im Winkel zur Aufführung.

Neues Theater. Heimat von Hermann Sudermann. Der Schwin Booths in jedem Sinne des Wortes vornehmen Pan-let gesehen hat, entschließt sich schwer, sich den melancholischen Tönenprinzen von einem minder geniale Darsteller vorspielen zu lassen.

quellen. Die konservative Fraktion ließ sich dabei von vort-hererein von dem Grundsatz leiten, daß den minder wohlhabenden Klassen wenn irgend möglich keine weiteren Lasten auferlegt, vielmehr nur die tragfähigeren Schultern stärker belastet werden sollten.

Der alte konservative Schwindel — man hätte ja so gern die schwächeren Schultern geschont! Das ist eine arge Heuchelei, die im Lande kein Mensch mehr glaubt.

Ueber die Landtagssession 1901/02 sprach der Abg. Dr. Vogel in dem nationalliberalen deutschen Reichsverein in Dresden. Der Redner bezeichnete u. a. das Ergebnis des Vereinigungsverfahrens hinsichtlich der Vermögenssteuer als Mißwerk.

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller trat in Dresden zu einer Sitzung zusammen, die aus den verschiedensten Teilen des Landes zahlreich besucht war.

Empfindliche Enttäuschung. Es ist wohl niemand im ganzen Hause von der Magda des Fr. Wande gepakt worden, während die der Duse selbst für den des Italienschen nicht Stundenlang ein unvergessliches Ereignis war.

Matinee der Sängerabteilungen der Arbeitervereine Leipzig-Thonberg-Kleinzschocher. Mit dem Erwachen der Natur erwacht auch die Sangeslust im Menschen.

bezeichnet worden wären, wie dies z. B. kürzlich bei einem Betriebs-geschehen ist, der 90 Arbeiter und eine Dampfmaschine von 80 Pferdekräften beschäftigte.

Eine Gemeindevertreterkonferenz für den zweiten sächsischen Reichstagswahlkreis, die erste in diesem Kreise, fand dieser Tage in einem Orte des benachbarten Böhmen statt.

Gewinnig, 15. Juni. Was ein hübscher Wochenverdienst ist, das erfahren die Teilnehmer einer Verhandlung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung aus berufener Munde.

Zwidau, 15. Juni. Die Stadtverordneten beschloßen die Anstellung eines besonderen Schankstätten-Revisors, der auch zu den Erörterungen über die Besuche um Schankstätten-Konzeptionen herangezogen werden soll.

Treuen, 14. Juni. Ein Tarifkuriosum seltenster Art ist auf der Eisenbahnfahrt von Plauen nach Treuen festzustellen. Die Rückfahrkarte Plauen-Treuen kostet 1.30 Mk.

oo. Plauen i. S., 14. Juni. Sehr lehrreich ist der nunmehr von den Gerichten erledigte Prozeß der Genossen Böbisch und Langenstein gegen den Sticker Wolfram und weitere sieben Personen.

deutsches Volkslied sieht hoch über den Liedern aller anderen Nationen. Heinrich Heine sagte einst von ihm: „In diesen Liedern fühlt man den Herzschlag des deutschen Volkes.“

Kopf- und Geistesgröße. Man trifft ganz allgemein auf die Ansicht, daß die Größe des Kopfes und im besonderen der Umfang des Schädels in einer Beziehung zu der Größe des Gehirns und dann auch zu dem Grade der geistigen Befähigung stehe.

eine gemeinschaftliche, die tiefsten Tiefen der Volksseele vergründende Wirkung ausübt. Die Verantwortlichen hatten mit ihrer Vernunft großen Erfolg. In der gestrigen Verhandlung des Landgerichts, in der die Berufung zur Erledigung kam, wurde Wolfram zu 100 Mk., sechs der Angeklagten zu je 50 Mk. und einer zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Kosten des Verfahrens fielen bei dem „erheblichen Erfolg“ zur Hälfte den Privatklägern, zur Hälfte den Beklagten zur Last. Der Verteidiger der Verklagten, Rechtsanwalt Dr. Moeller, eine bekannte nationalliberale Größe, empfahl, „die Gründe der Verklagten in eingehendster Erwägung zu ziehen.“

Neue Nachrichten aus dem Lande. Die Arbeiten an der Neubaulinie Chemnitz-Wechselburg sind soweit vorgeschritten, daß die **Eröffnung des Betriebes** am 1. Juli d. J. zu erwarten steht, dessen in nächster Zeit erfolgende behördliche Prüfungsfahrt keine wesentlichen Unstände ergibt. Den Personenverkehr auf der neuen Linie werden drei Züge in jeder Richtung vermitteln. — Zu der durch die Blätter gehenden Röhle, daß in Breitenborn bei Rochlitz die sogenannten **schwarzen Blattern** ausgebrochen seien, wird aus zuverlässiger Quelle folgendes mitgeteilt: In den bei Rochlitz gelegenen Orten Breitenborn und Wiltgenborn sind verschiedene Fälle von Pocken vorgekommen. Bei sechs geimpften Kindern ist ärztliche Hilfe nicht sofort zu Rate gezogen worden, weil die Krankheit, trotz der bedenkliden Zeichen (Fieber, Kreislaufschmerzen etc.), als „Windpocken“ gedeutet worden war. Die Geimpften sind jedoch völlig geheilt. Ein noch nicht geimpftes Kind war trotz besser ärztlicher Behandlung und Sorgfalt der Eltern nicht vor dem unheilvollen Verlaufe der Krankheit zu bewahren, während ein weiteres ungeimpftes Kind die Krankheit ziemlich gut überstanden hat. In beiden Orten sind die umfassendsten sanitären Vorsichtsmaßregeln, namentlich auch hinsichtlich des Schulbesuchs, getroffen worden; so warnt z. B. an einem der verzeichneten Grundstücke, am Otkoschen Gartenquale in Breitenborn, ein Anschlag von weitem vor dem Betreten desselben. Derselbe lautet: „Pocken! Für nicht geimpfte Kinder sehr ansteckend!“ Von einem Fortschreiten der epidemischen Krankheit ist bis jetzt nichts zu bemerken gewesen. — Dem Stationsvorsteher Meißner in Eble Krone wurden am Freitag von dem einlaufenden Zuge **zwei Leine überfahren**. — Ein Attentat auf einen Eisenbahnzug wurde in dieser Woche zwischen Böhscha und Rathen verübt. Als der Bahnwärter Richter die Strecke revidierte, fand er kurz oberhalb Böhscha einen **2 Mio schweren Stein** und einen Knüttel auf den Eisenbahnschienen liegend vor. In unmittelbarer Nähe hielt sich ein etwa 19 Jahre alter Mensch auf, während ein anderer in dem gleichen Alter daneben am Bahndamm schlafend betroffen wurde. Zweifellos waren diese Gegenstände von den beiden Kerlen auf die Schienen gelegt worden. Diese beiden Leute, Tschechen aus Prag, wurden festgenommen.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Wurzen, 14. Juni.
r. Stadtverordnetenbericht vom 13. Juni. Der letzte Punkt betraf die Entlassung des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Reichland. Er hatte ein längeres Gehalt gefordert, gestützt auf ärztliches Gutachten bittet er darin um seine Entlassung als Stadtverordneter. Er leidet danach schon viele Jahre an Herzleiden und muß sich somit jedweder Aufregung fernhalten. In letzter Zeit hat es nun ein bißchen viel Aufregung für ihn gegeben und er glaubt, daß auch in Zukunft sich das nicht ändern würde. Eine Debatte knüpfte sich an den Punkt nicht an, es war alles schon fertig. Nur Herr Bähler betonte, daß es nun nichts zu ändern gäbe und daß etwa erneutes Ausbleiben beim alten Vorsteher fruchtlos sei. In einer sogenannten Dankadresse wollen sie sich von ihm verabschieden; darin wird er über das Wohlwollen gelobt. Vorher wollte Herr Giesemann eine Deputation hingeschickt wissen, was sich aber unter Hinweis auf die Adresse als überflüssig erwies. Von einer Solidarität bezüglich Niederlegung der Mandate war kein Wort zu hören. Und doch war dies die einzige logische Konsequenz gegenüber dem Verhalten der Stadtverordneten zu ihrem gewählten Vorsteher, den sie sonst stets lobten und beipflichteten. So fiel Herr Reichland allein, und seine Rolle ist nun zu Ende. Er sah im Kollegium seit dem Jahre 1894. Ein kleiner Stimmkreis, der am liebsten unsere Partei mit Stumpf und Stiel ausgerottet hätte, ist gefallen. Zum neuen Vorstehenden wählte man den derzeitigen Vizevorsteher Karl Bähler und zu seinem Stellvertreter den Bankdirektor Scharrbeck. In derselben Sitzung wurden der Bürgermeister Dr. Seepin und der Vorsteher des Kollegiums zum sächsischen Gemeindevorstand in Pirna delegiert.

st. Aus Sachsen-Weimar, 15. Juni. Die heute in Salzkungen abgehaltene Konferenz des 2. weimariischen Wahlkreises Offenburg-Verndach war aus 10 Orten mit 21 Delegierten besetzt. Der Landesausschuß war durch Genossen Wandert vertreten. Aus dem Bericht der Agitationskommission ging hervor, daß von 24 arrangierten Versammlungen nur 11 stattfinden konnten, während 13 Versammlungen verboten wurden.

bereits erscheint es als ganz natürliche Annahme, daß in einem großen Kopf auch ein großes Gehirn stecken müsse, und ebenso nahelegend ist die Vermutung, daß ein großes Gehirn mehr zu leisten im Stande sei als ein kleines. Diese Thesen sind nun aber sämtlich nur bedingt richtig. Was die Größe des Gehirns betrifft, so haben freilich nicht selten sehr bedeutende Geister auch ein abnorm kleines Gehirn besessen. Aber auch für das Gegenteil sind Beispiele bekannt, und zwar haben nicht nur anerkannte Heroen der Wissenschaft ein kleines und verhältnismäßig leichtes Gehirn gehabt, sondern es sind auch besonders schwere Gehirne nachgewiesen bei Leuten, die durchaus nicht mit ihrer Intelligenz prunken konnten. Die Beziehung zwischen der Größe des Schädels und der geistigen Begabung hat jetzt ein sehr bedeutender Forscher, der mathematische Biologe Professor Karl Pearson, in einer Mitteilung an die Royal Society auf Grund eines ungewöhnlich reichen Materials untersucht. Er benutzte dazu Angaben und Messungen von den hervorragenden Vertretern der Universität Cambridge, Messungen von Leuten gewöhnlicher Bildung und endlich von Schülern. Am bei den beiden letzteren Gruppen einen Anhalt für den Grad der geistigen Fähigkeit zu besitzen, wurden das Urteil der Lehrer, die Ergebnisse der Prüfungen und die Selbstbeurteilung des betreffenden Individuums berücksichtigt. Die ganze Art der Untersuchung beruht auf streng mathematischen Grundsätzen. Der Schluß, zu dem der Forscher durch seine langwierige Arbeit gelangte, war ein durchaus negativer und besagt also, daß keine bestimmtere oder notwendige Beziehung zwischen der geistigen Begabung und der Größe und Form des Kopfes besteht. Dieser Befund trifft freilich nicht auf alle Fälle zu, sondern die Regel erleidet gewisse Ausnahmen, wodurch sie jedoch nicht erschüttert werden kann. Im nur ein jeder Deutschen bekanntes Beispiel zu erwähnen, sei an zwei der hervorragendsten unserer Geistesgrößen des 19. Jahrhunderts erinnert, an Helmholtz und Virchow. Helmholtz besaß einen Schädel von solcher Größe und Form, daß er jedem aufmerksamen Auge sogar in einer größeren Versammlung sofort auffallen mußte. Der Schädel Virchows ist zwar in der Form ebenfalls eigenartig, dabei aber ungewöhnlich klein. Am sich Klarheit darüber zu verschaffen, daß ein großer Schädel und ein großes Gehirn an sich keine erheblichen Verantworteleistungen bedingen, muß man daran denken, daß eine gleichmäßige Entwicklung aller Gehirnteile zu einem sehr hohen Grade der Fähigkeit fast unmöglich ist, und daß daher ein kleines, aber in seiner Ausbildung wohl ausgeglichenes Gehirn bessere Ergebnisse erzielen kann als ein größeres, das nur in verhältnismäßig wenigen Teilen bis zu einer gewissen Vollkommenheit ausgebildet ist.

Trotz alledem ist aus allen Teilen des sehr verzweigten Kreises ein erfreulicher Fortschritt zu melden. Bezüglich der im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen nahm man eine Resolution an, nach welcher die Konferenz in einem Zusammengehen mit dem Freisinn keinen Vorteil für unsere Partei erblickt. Es habe sich dies bei der Beibehaltung der freisinnigen Partei an den Vorbereitungen zur Wahl, und ganz besonders an dem Verhalten der freisinnigen Abgeordneten im Landtage gezeigt. Die Landesversammlung, die Weihnacht 1902 stattfindet, wird beauftragt, dies bei der einzuschlagenden Taktik zur nächsten Landtagswahl zu berücksichtigen. Beachtenswert ist es, daß der Kreis, welcher seit Jahren nicht in der Lage war, den Parteitag durch einen eigenen Delegierten zu beschicken, dies jetzt unter dem Druck der Versammlungsverbote ermöglichen kann. Als Delegierter wurde der anwesende Reichstagskandidat Genosse H. Leber-Jena einstimmig gewählt. Aus der Stellungnahme zum Thüringer Parteitag und den nächsten Reichstagswahlen war ersichtlich, daß trotz der im Wurmischen Geiste entfalteten Sozialistenhaft sich im Wartburgwahlkreise die Partei rührig einstellt.

Aus der Partei.

Wichtig für Zeitungsberichterfasser. Der Geschäftsreferent der sozialdemokratischen Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung hatte über eine Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, der er aber trotzdem beivohnte, Einzelheiten veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 5. April 1888 (Vorschriften über die Geheimhaltung des Inhalts der Gerichtsverhandlungen). Der Angeklagte hob hervor, daß er alles Anstößige in seinem Bericht weggelassen habe; auch sei die Berichterstattung damals nicht ausdrücklich vom Gericht verboten worden. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da der Gerichtsbeschluss, der damals den Ausschluß der Öffentlichkeit verordnete, nicht ausdrücklich erwähnt habe, daß der Ausschluß wegen Gefährdung der Staatssicherheit angeordnet worden sei.

Soziale Rundschau.
Sozialpolitisches.

Über zehn Millionen Mark Lohnverlust brachte das erste Vierteljahr 1902 gegenüber dem letzten Quartal von 1901 den preussischen Vergararbeitern der Kohlen-, Erz- und Salzreviere. Der reine Lohnverlust der Gesamtbelegschaft betrug in den beiden Perioden 128,5 Millionen und 117,8 Millionen Mark. Die Gesamtzahl der Arbeiter verringerte sich von 489.806 auf 486.548, also um 3288 Personen, ebenso wie die Zahl der verfahrenen Schichten, der Schwerpunkt des Lohnverlustes beruht aber auf Herabsetzung der Löhne selbst. Während im Gesamtdurchschnitt im letzten Viertel 1901 pro Kopf 261,94 Mark an Lohn ausgezahlt wurde, erhielten die Arbeiter für Januar bis März 1902 241,78 Mark, ein Rückgang von über 20 Mark! Bleibt dieser Rückgang in diesem Jahre stabil, so werden ca. 100 Mark vom ohnehin schon durch die Krise geschwächerten vorjährigen Einkommen des Vergararbeiters in diesem Jahre noch abgeknappelt werden.

Geben wir etwas ins Einzelne, so sind allein im Dortmunder Vergararbeiterverein die Gesamtlohnsummen von 71,8 auf 64,6 Millionen in den beiden Vierteljahre zurückgegangen oder pro Kopf von 297 auf 269 Mk., und seit dem vierten Quartal 1900, das den Höhepunkt kennzeichnet, sind im Dortmunder Oberbergamtsbezirk die Löhne der Steinkohlenbergarbeiter um 12,7 Millionen Mark oder 16,4 Prozent gesunken.

Greifen wir noch einige Reviere heraus, so betrug der Verdienst pro Kopf in den beiden letzten Vierteljahre:

	1901	1902
in Oberschlesien	212 Mk.	198 Mk.
„ Niederschlesien	215 „	198 „
„ dem Saarbrücker Stahlwerke	261 „	255 „
im Haller Braunkohlenrevier	229 „	211 „
„ Haller Salzrevier	283 „	268 „
„ Mansfelder Erzkraumbau	252 „	217 „

Zahlen, die mit Flammenschrift den Unternehmern und Arbeitern einprägen sollten: Bis hierher und nicht weiter!

Womit das Volk zufrieden sein soll. In der Sozialen Praxis Nr. 87 schreibt ein Kreisarzt Dr. Richter in Remscheid über die Wohnungsfrage unter dem Titel: „Was darf in städtischer und gesundheitslicher Beziehung von einer menschlichen Wohnung in einem Kulturlande unbedingt verlangt werden?“ Darin finden sich folgende Sätze: „Bohreräume und Küche müssen mindestens so hoch sein, daß die Einwohner sich aufrecht darin bewegen können.“ „Besondere heizbare Räume außer der Küche dürften kaum zu verlangen sein.“ „Das Wasser muß klar und von gutem Geschmack sein, so daß Ekelregung ausgeschlossen ist.“ — Der Kreisarzt führt in Bezug auf das nötige Luftquantum in Schlafräumen aus: Der von der Hygiene geforderte 16 Kubikmeter Luftraum für jeden Erwachsenen dürfte für lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Es genügt auch eine Luftmenge von 12 Kubikmetern für Menschen über und von 5 Kubikmetern für solche unter 12 Jahren.

Man vergesse nicht, diese bürgerlich-großherzige Wohnungspolitik gilt nicht für Zellengefängnisse, sondern für die Häuslichkeit der Millionen des arbeitenden Volkes.

Gewerkschaftliches.

Von den **gemahregelten Straßenbahnern** hat ein Teil anderwärts Beschäftigung gefunden und eine kleine Anzahl wurde von der Direktion nachträglich noch eingestellt. Während die Direktion in der Presse glauben zu machen sucht, es seien alle Angestellte bis auf 40 wieder in ihrem Dienst, zählte der Transportarbeiterverband gestern noch 76 Ausgeperrte. Diese Tatsache bekräftigt wieder die Wahrheitsliebe, mit der die Direktion mit ihren Veröffentlichungen, deren sie jetzt zum Zweck ihrer Kleinwaschung eine der andere folgen läßt, zu Werke geht.

Die **Ausperrung im Hamburger Baugewerbe.** Am 14. Juni melbten sich als ausständig oder ausgesperrt zur Kontrolle 612 Maurer in Hamburg, 189 in Altona und 75 in Wilhelmsburg, von den Zimmerern Hamburgs 624, von den Bauarbeitern 603. Dabei stehen schon 638 Zimmerer zu den neuen Bedingungen wieder in Arbeit und ebenso 602 Bauarbeiter. Die Ausperrung stellt sich immer mehr als ein Schlag ins Wasser heraus.

Die **Ausperrung der Hamburger Klempner** hat am Freitag begonnen, doch scheint die Sache den Unternehmern sehr geteilt zu Vergnügen zu bereiten. Die Entlassung vollzieht sich nur langsam und unvollständig in einzelnen Werkstätten. Von 1800 bis 1400 in Hamburg beschäftigten Klempnern waren Sonnabends 281 ausgesperrt. Eine von mehr als 1000 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung wies einstimmig die Lohnbrückerel der Innung zurück und beschloß: 1. In denselben Werkstätten, wo Ausperrungen vorgenommen worden sind, haben die noch verbliebenen Leute ungebend die Arbeit einzustellen. 2. Die jüngeren Kollegen haben so viel wie möglich Hamburg zu verlassen und so lange zu meiden, bis die Ausperrung beendet ist. 3. Der Arbeitsnachweis der Innung ist streng zu meiden. 4. Wo den Kollegen zugemutet wird, Arbeit für Oldenburg u. Hengstler zu verrichten, ist diese zu verweigern.

vi. Die **Ausperrung von mehr als 2000 Webern** der Firma Van Heek in Enschede (Holland) ist beendet. Mit 607

gegen 422 Stimmen beschlossen die Arbeiter, einen Vermittlungsantrag anzunehmen. Die Arbeiter unterliegen, was die Lohn-differenz betrifft, über die der Ausstand ausbrach und worauf die Firma mit Ausperrung ihres ganzen Personals antwortete. Der Kampf dauerte gerade fünf Monate und kostete die Organisation 250.000 Mk. an Unterstützungsgeldern.

Der **Streik der Sägearbeiter im Wälderthal** ist beendet, indem die Arbeiter zu den gleichen Löhnen, die sie früher bezogen, wieder anfangen mußten. Bekanntlich hatte der christliche Holzarbeiterverband diesen Streik inceniert, jetzt erläßt er hinterher noch folgende Erklärung:

„Während des Ausstandes sind infolge falscher Informationen seitens der Verbandsorgane unrichtige Angaben über die Lohnverhältnisse in der Presse gemacht und es sind daran beilebige und verletzende Äußerungen gegen die Arbeitgeber in den Versammlungen und in der Presse geknüpft worden. In dem heute zu stande gekommenen Vergleich nimmt der Verband diese Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Also nicht einmal über die Lohnverhältnisse konnten sich die christlichen Streikleiter richtig informieren und beschwören nun solche Blamage über sich und die Streikenden herab.

ig. **Posen, 18. Juni.** Die Maurer Posen, etwa 1200 an der Zahl, sind in den Ausstand eingetreten; ca. 400 Bauarbeiter sind durch diesen Streik in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Streikenden fordern einen Minimal-Stundenlohn von 45 Pfg., während bisher ein Dreiklassenstundenlohn von 41—43 Pfg. bestand. Trotzdem die Verhandlungen sich bereits seit Februar hingezogen haben und die Forderung doch gewiß eine minimale ist, haben die Unternehmer eine Unterhandlung mit den Arbeitnehmern auf dieser Basis rundweg abgelehnt!

(*) **Stuttgart, 15. Juni.** 900 Maurer sind gestern hier in den Ausstand getreten, da die Bauunternehmer ihre am 6. Mai d. J. in der Einigungsverhandlung vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts gemachten Zugeständnisse nicht gehalten haben. Der Beschluß, in den Streik einzutreten, wurde mit 804 gegen 80 Stimmen gefaßt.

Eisenbahnstreik. In Mailand ist das Personal der Vicinabahn in Streik getreten. Es kam, wie ein bürgerliches Deputationsbureau berichtet, wiederholt zu heftigen Austritten, indem die Streikenden die noch Arbeitenden angriffen. Der Maschinist eines Zuges wurde durch Steinwürfe schwer verletzt. Die Züge werden nunmehr innerhalb der Stadt von berittlenen Carabinieri begleitet.

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

i. Leipzig, den 16. Juni 1902.
 Erster Tag der Verhandlung.

Der Prozeß, der heute vor dem Schwurgericht des königlichen Landgerichts beginnt, bildet nicht nur in dieser Stadt, sondern im ganzen Königreich und weit darüber hinaus ein Ereignis allerersten Ranges. Wenn man vernimmt, daß fast immer der dritte Mann im Königreich Sachsen durch den Zusammenbruch der ehemals so stolzen Leipziger Bank in Mitleidenschaft gezogen ist, dann kann es nicht Wunder nehmen, wenn dem heute beginnenden gerichtlichen Drama mit geradezu fieberhafter Spannung entgegen gesehen wird. Landgerichtsdirektor Bölling, dem die Ausgabe der Eintrittskarten oblag, hat schon seit Wochen einen förmlichen Ansturm zu bestehen gehabt. Auch die Zahl der aus allen Gegenden Deutschlands eingetroffenen Zeitungsbekanntmacher ist Legion. Angeklagt sind: 1. Bankdirektor August Heinrich Andreas Erner, 2. Bankdirektor und Rechtsanwalt Dr. jur. Albert Genigsh, 3. Kaufmann Ludwig Heinrich Döbel, 4. Kaufmann Georg Ludwig Schröder, 5. Bankier Heinrich Alex. Fröh Meyer, 6. Kaufmann Georg Christian Wilhelm Bölling, 7. Buchhändler Friedrich Alfred Bölling (nicht Bölling), 8. Privatier Dr. jur. Gustav Reinhold Otto Fiebiger, 9. Kaufmann Ernst Ludwig Friedrich Wilkens. Sämtliche Angeklagte zählen zu den ersten Patrikierfamilien Leipzigs. Bölling ist der Inhaber der großen Verlagsbuchhandlung F. Volkmar, Stadtrat Döbel ist Inhaber der großen Rauchwarenhandlung G. Gaudig u. Blum.

Die Angeklagten Erner und Dr. Genigsh sind des betrügerischen Bankrotts, der Untreue, des Betruges und der Bilanzfälschung, die anderen Angeklagten lediglich der Bilanzverschleierung beschuldigt. Die zahlreichen Depositen der Bank sind unangefastet vorhanden. Dagegen ist das gesamte Aktienkapital, in Höhe von 48 Millionen Mark und der Reservefonds verloren, so daß die Gläubiger etwa 60 Prozent Konturückstehende erhalten werden. Der Zusammenbruch ist lediglich erfolgt, weil die Verwaltung sich durch den Direktor der Treder-Gesellschaft in Raffel, Adolf Schmidt, im Hinblick auf angeblich sehr gewinnreiche Geschäfte hat verteilen lassen, dieser Gesellschaft nach und nach 90 Millionen Mark zu leihen. Um dies zu verheimlichen, sollen Geheimbücher angelegt und falsche Buchungen gemacht worden sein, so daß, obwohl schon lange große Unterbilanzen vorhanden waren, hohe Gewinne in die Bilanzen gestellt werden konnten. Dadurch war es möglich, hohe Dividenden herauszurechnen und entsprechende Lantemen zu erheben. Außerdem soll eine Anzahl Bankhäuser in Berlin, unter Verschweigung der wahren Sachlage, veranlaßt worden sein, der Leipziger Bank hohe Summen zu leihen. Diese Bankhäuser haben nun ebenfalls das Nachsehen.

Den Gerichtshof bilden: Landgerichtsdirektor Dr. Müller (Vorsitzender), Landgerichtsrat Hauser und Landrichter Dr. Horn (Beisitzende). Die königliche Staatsanwaltschaft vertreten Staatsanwalt Dr. Weber und Staatsanwalt Dr. Kunz. Die Verteidigung haben übernommen: Justizrat Dr. v. Gordon, Berlin, und Rechtsanwalt Dr. Drucker, Leipzig für Erner, Justizrat Droba, Leipzig, für Dr. Genigsh, Rechtsanwalt Dr. F. Behme, Leipzig und Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, Leipzig, für die anderen Angeklagten. Erner und Dr. Genigsh befinden sich seit Ende Juni 1901 in Haft, alle anderen Angeklagten sind auf freiem Fuß. Stadtrat Döbel war auch verhaftet, er wurde jedoch nach einigen Tagen gegen eine hohe Sicherheitsleistung wieder freigelassen. Als Zeugen sind u. A. geladen: der in Unterriehungsbahn sitzende Direktor der ebenfalls vertrachten Tredergesellschaft, Adolf Schmidt (Raffel), und der kaiserliche Rat Dr. Auspiger (Wien). Als Sachverständige sind geladen: der Direktor der Filiale der Deutschen Bank, Herrmann (Dresden), Bankier Blauth (Rassel), Bankier Stiefkind, Leipzig, gerichtlicher Bücherrevisor Düniger, Leipzig, gerichtlicher Bücherrevisor Kruse, Berlin, Professor Richard Lambert, Lehrer der Handelshochschule, Frankfurt a. M. Die Verhandlung findet in dem historischen Schwurgerichtssaal statt, in dem vor nunmehr 80 Jahren die Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Döbel und der jetzt in Amerika lebende damalige Reaktor des „Volkshaus“, Adolf Hopen, sich wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat zu verantworten hatten. In demselben Saal fand im Oktober 1881 der große Hochverratsprozeß gegen die Anarchisten Brüder und Genossen, im Dezember 1884 der Hochverratsprozeß aus Anlaß des versuchten Dynamitattentats bei der Einweihung des Niederwald-Denkmal's wider Reinsdorff und Genossen, der Hochverratsprozeß gegen die Mitglieder der „Patriotenliga“, der Prozeß Sänabale etc. vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts statt. Diesmal gleicht der Saal einem Arsenal von dickleibigen Kontobüchern und Akten, so daß zur Unterbringung derselben eine Anzahl Tische aufgestellt werden mußten. Sicherem Vernehmen nach beruft sich Direktor Adolf Schmidt auf seine Exterritorialität und weigert sich als Zeuge zu erscheinen. Die deshalb angerufene Entscheidung des Kasseler Oberlandesgerichts steht noch aus. Sollte die Exterritorialität für begründet erachtet werden, so wird lediglich das Protokoll der von Schmidt beim eruchten Richter in Raffel gemachten Aussage zur Verlesung kommen. Auf das Zeugnis der Aufsichtsratsmitglieder

der Trebergesellschaft ist verzichtet worden, es ist daher nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Zeugen zu vernehmen. Da aber die Abfertigung, nur immer von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags zu verhandeln, so kann die Verhandlung innerhalb 14 Tage dauern.

Schon in früher Morgenstunden drängt ein ungemein zahlreiches Publikum nach dem Hörsaalraum und den Tribünen. Dem Vernehmen nach sind noch als Zeugen geladen Generalkonsul Schwabach von der Firma G. Weichroder, Berlin, und der Leiter der Filiale der deutschen Bank, Wilhelm Seefried, Frankfurt a. M.

Obwohl schon gegen 8 1/2 Uhr morgens der Hörsaalraum und die Tribünen sich füllen, so werden erst gegen 9 1/2 Uhr die Angeklagten auf die Anklagebank geführt. Die Angeklagten machen sämtlich einen sehr vornehmen Eindruck. In denselben Augenblick betreten die Geschworenen den Saal. Es sind 30 Geschworene und etwa 20 Hilfsjurisprudenz zum Zwecke der Auslösung eingeladen. Gleich darauf erscheint der Gerichtshof. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirktor Dr. Müller, bemerkt den Geschworenen, daß niemand Geschworener sein kann, der sich durch die zur Anklage stehenden Handlungen geschädigt fühlt. Geschädigt sind, außer vielen Privatpersonen, die Bankhäuser G. Weichroder und v. d. Heydt u. Co. in Berlin und die Leipziger Hypothekbank. Es melden sich zehn Geschworene mit dem Bemerkten, daß sie Aktionäre der Leipziger Bank seien. Der Vorsitzende bemerkt, daß, da nur 20 Geschworene zur Auslösung vorhanden sind, die Hilfsjurisprudenz herangezogen werden müssen. Auf der Tribüne B ist eine große Anzahl Damen als Zuhörerinnen erschienen. Der Hauptangeklagte Exner ist ein großer, stattlicher Mann mit einem langen rötlich-blonden Vollbart. Er ist der jüngste unter den Angeklagten; er ist am 4. Januar 1859 zu Kassel geboren und berechtigt im Jahre 1887, also im Alter von 28 Jahren, Direktor der Leipziger Bank geworden.

Beim Ausruf der Hilfsjurisprudenz ergreift sich, daß auch unter diesen eine Anzahl solcher Aktionäre, teils Gläubiger der Leipziger Bank sind. Diese sind selbstverständlich als Geschädigte vom Geschworenenamt ausgeschlossen. Der Vorsitzende teilt mit, daß, mit Rücksicht auf die voraussichtlich lange Dauer der Verhandlung, vier Ersatzgeschworene ausgelost werden müssen. Das Ablehnungsrecht für die Angeklagten übt der Verteidiger der angeklagten Aufsichtsratsmitglieder, Rechtsanwalt Dr. Felix Zehme (Leipzig), aus.

Als Geschworene fungieren die Herren: Buchhändler Gensel-Ortmann, Filwarenfabrikant Vebse-Borna, Rittergutsinspektor Gerhardt-Knauthaus, Maschinenfabrikant Schwager-Reudnitz, Buchbindermester Thomsen-Leipzig, Buchhändler Einhorn-Leipzig, Gemeinbesorger Schaebe-Großpöschel, Oekonomierat Bäurich-Gastewitz, Bibliothekar Dr. Rehr-Leipzig, Kaufmann Röhrich-Leipzig, Buchhändler Zwietermeyer-Leipzig und Kaufmann Korra-Leipzig. Als Hilfsjurisprudenz wurden ausgelost: Privatier Bödenburg-Leipzig, Fabrikbesitzer Valentiner-Leipzig, Rittergutsbesitzer Schwarzburger-Taucha und Rittergutsbesitzer Müus-Marschwitz.

Als Sachverständige sind zu der Verhandlung geladen: Bankier Stiehm-Leipzig, Bankdirektor Hermann-Dresden, Professor Lampert-Frankfurt a. M., Kaufmann Schlepert-Dresden, Kaufmann Bünger-Leipzig, Bankier Haupt-Kassel und Handelshochschuldirektor Daltrop-Kassel.

Nach Bildung der Geschworenenbank beinert der Vorsitzende: Ehe ich die Herren Geschworenen vereidige, bin ich genötigt, folgendes voranzuschicken: In wenigen Tagen wird es ein Jahr, daß über unsere Stadt ein verhängnisvolles Ereignis sich entladen hat. Am 26. Juni 1901 erfolgte die Zahlungs Einstellung der Leipziger Bank und am 26. Juni 1901 wurde über das Vermögen der Leipziger Bank der Konkurs eröffnet. Dieser Vorgang hat weit über die Mauern der Stadt Leipzig und über die Grenzen unseres engeren Vaterlandes hinaus das größte Aufsehen erregt. Nicht nur, daß ein sehr großer Teil des Publikums in seinem Vermögen arg geschädigt worden ist, so hat auch dadurch Industrie und Handel in deutschen Vaterlande eine arge Erschütterung erfahren. Der Umstand, daß die alte, hochangesehene Leipziger Bank in Konkurs geraten konnte, hat begrifflicherweise auf Treu und Glauben im wirtschaftlichen Leben sehr schädigend gewirkt. Eine große Erregung und Erbitterung griff Platz, die sich erklärlicherweise ganz besonders gegen die Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder der Leipziger Bank richteten. Heute haben sich dieselben wegen der ihnen zur Last gelegten Handlungen vor Gericht zu verantworten. Der Richter darf sich aber, wenn auch draußen die Wogen der Erregung noch so hochgehcn, durch nichts beeinflussen lassen. Der Geschworene hat die Entscheidung der Schuldfrage in die Hand der Geschworenen gelegt. Daburch hat er ihnen das verantwortungsvolle Amt zugewiesen. Ihre Pflicht ist es daher, meine Herren, sich durch nichts beeinflussen zu lassen, sondern bei Abgabe Ihres Wahrspruchs lediglich das zu berücksichtigen, was Gegenstand der Hauptverhandlung gewesen ist. Diese Ihre Pflicht haben Sie mit dem Eide zu bekräftigen.

Der Vorsitzende vereidigt darauf die Geschworenen und stellt alsdann die Personalien der Angeklagten fest.

Exner erklärt: Er sei in Kassel geboren, evangelisch-lutherisch und habe das Bankgeschäft erlernt. Er sei verheiratet und habe drei Kinder. Er habe Vermögen besessen, daselbe aber durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank verloren. Dieselbe Versicherung gibt er am 11. August 1850 zu Dresden geborene Bankdirektor, Rechtsanwalt Dr. Jur. Gensel. Der am 13. März 1859 zu Leipzig geborene Buchhändler Friedrich Alfred Böttcher gibt an, daß er infolge des Zusammenbruchs der Leipziger Bank einen großen Teil seines Vermögens verloren habe. Dasselbe ist am 10. September 1854 zu Leipzig, Schröder am 17. September 1852 zu Leipzig, Mayer am 24. Juli 1844 zu Altnauendorf bei Leipzig, Wölter am 18. Januar 1842 zu Oberweißbach, Dr. Fiebiger am 31. Oktober 1859 zu Naujen, Wilkens am 30. September 1851 zu Heilberg geboren. Dr. Gensel und Döbel bemerken auf Verfragen des Vorsitzenden, daß sie Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Schröder, daß er Hauptmann der Landwehr-Infanterie sei. Mehrere der Angeklagten sind durch Orden ausgezeichnet. — Danach wird der sehr lange Anklagebescheid verlesen. Der Vorsitzende erlaubt die Geschworenen, sich genaue Notizen zu machen und teilt mit, daß als Sachverständiger noch Kaufmann Schlepert (Kassel) geladen sei. Der Vorsitzende erlaubt danach die Vertreter der Presse, sich der größtmöglichen Objektivität in ihren Berichten zu befleißigen. Er richte diese Aufforderung auch schon deshalb an die Vertreter der Presse, da in letzter Zeit mehrfach falsche Berichte in Zeitungen erschienen sind.

Angeklagter Exner giebt nun auf Verfragen des Vorsitzenden an: Im Jahre 1895 sei die Leipziger Bank von dem Generaldirektor der Trebergesellschaft Adolf Schmidt erfucht worden, ihr gegen Unterlage eines Aktienkredits zu gewähren. Er habe geantwortet, es müssen zunächst über die Verhältnisse der Trebergesellschaft genaue Erkundigungen eingelesen werden. Wir prüften die Bilanzen und Geschäftsberichte der Trebergesellschaft und erfuhren, daß Direktor Schmidt ein sehr tüchtiger und umsichtiger Leiter und die Aufsichtsratsmitglieder sämtlich sehr reiche und hochangesehene Leute waren. Deshalb eröffneten wir der Trebergesellschaft einen Kredit, zunächst in nur geringem Umfange. Sehr bald teilte uns Schmidt mit: die Trebergesellschaft habe das Bergmannsche Holzverkohlungspatent erworben. Dazu sei die Gründung einer Reihe Holzverkohlungsgesellschaften und große Kapitalien erforderlich. Wir erklärten uns zur Kreditgewährung bereit, wenn wir berechtigt seien, die uns hinterlegten Aktien nach Belieben zu verkaufen. Dies lehnten jedoch die Aufsichtsratsmitglieder mit dem Bemerkten ab: sie denken gar nicht daran, ihren Aktienbesitz zu verkaufen, auch nicht nach Ablauf von zwei Jahren. In zwei Jahren sollten nämlich die Aktien als Sicherheitseinstellung hinterlegt werden. Er habe alsdann verlangt, daß die Kursdifferenz der Aktien zwischen jetzt und zwei Jahren der Leipziger Bank gutgeschrieben werden solle. Dies lehnte aber der Aufsichtsrat der Trebergesellschaft

ebenfalls ab, das Geschäft kam also nicht zu Stande. Die Aufsichtsratsmitglieder haben sich alsdann persönlich bei verschiedenen Banken Kredit verschafft.

Einige Zeit darauf schrieb Direktor Schmidt, ob die Leipziger Bank ihm ein Kontokorrent eröffnen wolle. Es ist das keine eigentliche Kreditgewährung, wir gingen daher ohne weiteres darauf ein. Sehr bald ersuchte uns aber Direktor Schmidt, eine von ihm bewirkte Kapitalserhöhung zu finanzieren. Wir hatten dies und wollten einen Teil der neuen Aktien beziehen. Der Aufsichtsrat der Trebergesellschaft lehnte dies aber mit dem Bemerkten ab: er wolle die Aktien allein beziehen. Wir erhielten deshalb für die Finanzierung nur 1/3 Proz. Provision. Nach einiger Zeit hat uns Schmidt, eine neue Kapitalserhöhung von 3 auf 6 Millionen zu finanzieren. Dafür erhielten wir 1 Proz. Provision. Inzwischen wurden wir aufgefordert, uns an der Gründung der Tochtergesellschaft in Böhmen zu beteiligen. Ich bin mit meinem Kollegen Dr. Gensel und dem damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Leipziger Bank, dem verstorbenen Generalkonsul Sachsenroder, in Böhmen gewesen. Wir haben uns genau über alles unterrichtet und das Unternehmen, für das sich selbst die Böhmisches Regierung interessierte, für glänzend gefunden. Die Presse, an der Spitze die Neue freie Presse in Wien, prophezeite dem Unternehmen eine große Zukunft und empfahl den Kauf der Aktien. Wir wollten Aktien zum Kurse von 120 Proz. verkaufen, die Aufsichtsratsmitglieder der Trebergesellschaft telegraphierten uns aber, daß sie die Aktien unter 160 Proz. nicht verkaufen werden. Ich habe daher auch einen großen Posten Aktien zu 125 Proz. bezogen. Als wir einige Zeit darauf der Trebergesellschaft den Kredit erhöhten, wurde ich von meinem Aufsichtsrat aufgefordert, in den Aufsichtsrat der Trebergesellschaft zu treten. Es ist das üblich, wenn eine Bank bei einer Industriegesellschaft stark engagiert ist. Ich weigerte mich jedoch, in den Aufsichtsrat zu treten, da ich mir sagte: ich habe alsdann auch die Interessen der Trebergesellschaft wahrzunehmen und komme dadurch in einen Widerstreit der Interessen. Daß ich damals nicht in den Aufsichtsrat eintrat, war ja, wie ich heute einsehe, ein großer Fehler, ich hätte dadurch einen besseren Überblick gehabt und die Engagements der Leipziger Bank bei der Trebergesellschaft wären alsdann jedenfalls nicht solch hohe geworden. Es wird uns in der Anklagebescheid der Vorwurf gemacht, daß wir uns nicht genügend über die Prosperität der Tochtergesellschaften orientiert haben. Ich bemerke, daß dieser Vorwurf vollständig ungerechtfertigt ist. Wir haben vielfach unter Hinzuziehung von Sachverständigen aufs genaueste alles geprüft. (Die Verhandlung dauert fort.)

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Juni.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und der Leipziger Bankrott lautet das Thema, über das Georg Bernhardt, ein bekannter Volkswirtschaftler, in zwei Versammlungen sprechen wird. Die erste Versammlung findet heute Montag abend im Felsenkeller in Plagwitz, die andere am Dienstag abend im Thüringer Hof in Volkmarzdorf statt. Beide Versammlungen beginnen 7 1/2 Uhr. Das Thema ist in Ansehung des gegenwärtigen Prozesses gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Bank doppelt aktuell, so daß ein zahlreicher Besuch der Versammlungen sicher sein dürfte.

Zum Bankprozeß. In dem Schwurgerichtssaal, in dem heute die Verhandlungen wider Exner und Genossen beginnen, haben schon äußerst interessante Verhandlungen stattgefunden, aber ein solches Publikum, wie es heute den Hörsaalraum und die Tribünen füllt, war wohl noch nicht da. Offiziere in Uniform, Beibringende aller Art und vor allem das weibliche Element ist stark vertreten. Aber auch die Anklagebank ist von solch hohen Spitzen der Gesellschaft noch nicht geziert worden, wie dies jetzt der Fall ist. Mit großer Spannung wurde das Eintreten der Angeklagten erwartet. Verschiedene Zuhörer hatten sich mit einem Opernglas bewaffnet, um sich die Sache noch etwas genauer anzusehen. Der Vorsitzende verbat sich aber dies aus das strengste, denn hier wäre kein Theater. Das Auslösen der Geschworenen war mit Schwierigkeiten verknüpft, denn nicht nur, wenn sie bei der Sache selbst als Beisitzer in Frage kommen, können sie das Richteramt nicht ausüben, sondern auch Verwandtschaft bis in den zweiten und dritten Grad gilt als Grund der Ablehnung. Zu Geschworenen werden so wie so nur die reichsten Leute genommen, und viele von diesen hatten entweder selbst Aktien der Leipziger Bank oder Verwandte, die solche besaßen. Es meldete sich von den Geschworenen eine erhebliche Anzahl als Geschädigte, so daß aus den Hilfsjurisprudenz eine Ergänzung vorgeschlagen werden mußte. Der Vorsitzende hielt an die Geschworenen eine Ansprache, worin er die Vorkommnisse des Zusammenbruchs der Bank recapituliert und hinzusetzte, daß sie sich bei der Urteilsfällung nicht von den großen Bitternissen, die durch den Krach entstanden sind, beirren lassen, sondern nach dem obersten Grundfah der Rechtsprechung, ohne Ansehen der Person, lediglich gestützt auf das Beweismaterial, das Verdikt fällen sollten. Dann wandte er sich an die Vertreter der Presse mit der Bitte, recht objektiv über die Verhandlungen zu berichten, nicht wie es schon in der letzten Zeit der Fall gewesen sei, wo verschiedene unrichtige Mitteilungen durch die Presse gingen. Daß die Angeklagten zum Teil hohe Ansehnungen haben, versteht sich bei ihrer gesellschaftlichen Stellung von selbst. Die Frage nach den Vermögensverhältnissen beantworteten die Angeklagten mit dem stereotypen Hinweis, alles durch den Bankrott verloren zu haben. Der Hauptangeklagte Exner legte in einer einständigen Rede die Verbindung mit der Kasse der Trebergesellschaft und den anderen geschädigten Banken dar, deren Sinn war, daß er selbst schwer geküßelt worden sei.

Exner erklärt, daß er trotz seiner vom Justizminister angeordneten Ueberführung nach Leipzig auf der Verweigerung jeder Aussage im Leipziger Bankprozeß beharren werde.

Der Wert und der Ertrag des Leipziger Grundbesitzes ist in den letzten fünf Jahren ganz bedeutend gestiegen und zwar von etwa 49 Millionen Mark im Jahre 1895 auf nahezu 65 Millionen Mark im Jahre 1900. Gegen die Zunahme vom Jahre 1890 bis 1895, die annähernd 6 Millionen Mark betrug, hat sie sich in den Jahren 1895 bis 1900 mehr als verdoppelt. Auf Alt-Leipzig entfallen von der Zunahme etwas über 6 1/2 Millionen Mark, auf Neu-Leipzig aber über 8 1/2 Millionen Mark. Der große industrielle Aufschwung, den Neu-Leipzig, namentlich in der letzten fünfjährigen Periode gewonnen hat, läßt sich aus dieser gewaltigen Steigerung erkennen. Die Steigerung des Mietwertes beträgt aber nicht allein auf dem Zuwachse der neuerrichteten Wohnungen und Gewerbstokale, sondern die Wohnungen und Gewerbstokale sind überhaupt sehr im Preise gestiegen. So betrug der Mietwert der Gewerbstokale im Jahre 1895 in Alt-Leipzig über 1 1/2 Millionen Mark und im Jahre 1900 fast 14 1/2 Millionen Mark. In Neu-Leipzig betrug der Mietwert der Gewerbstokale 1895 annähernd 3 Millionen Mark und 1900 weit über

5 Millionen Mark. Der Mietwert der Wohnungen hat in Alt-Leipzig über 3 1/2 Millionen Mark, in Neu-Leipzig aber fast 6 1/2 Millionen Mark zugenommen. In der Zeit von 1895 bis 1900 ist in Alt-Leipzig der Durchschnittsmietwert der besetzten Gewerbstokale nur 267 Mk., der Leerstehenden um 544 Mk. gestiegen; in Neu-Leipzig betrug diese Steigerung 390 Mk. bzw. 83 Mk. Der Durchschnittspreis für eine besetzte Wohnung stieg in dieser Zeit in Alt-Leipzig um 65 Mk., in Neu-Leipzig um 62 Mk. Für eine leerstehende Wohnung wurden im Durchschnitt verlangt in Alt-Leipzig 1895 562 Mk., 1900 999 Mk., in Neu-Leipzig 1895 294 Mk., 1900 479 Mk. Für solche Wohnungen, in denen eine gewerbliche Mitbenutzung der Wohnräume ausgeschlossen ist, der Mietpreis durchschnittlich gestiegen in Alt-Leipzig von 495 Mk. auf 545 Mk., in Neu-Leipzig von 221 Mk. auf 284 Mk. In den kleinen Wohnungen bis zu drei heizbaren Zimmern beträgt die Steigerung in Neu-Leipzig durchschnittlich 30, 47 und 49 Mk. Am auffälligsten ist diese in L.-Schleußig; bei Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer beträgt hier die Steigerung 89 Mk., bei zwei heizbaren Zimmern 96 Mk. und bei drei heizbaren Zimmern 128 Mk. In L.-Kleinshocher beträgt diese Steigerung 41 Mk., 98 Mk. und 101 Mk., in L.-Gohlis 35 Mk., 57 Mk. und 47 Mk. Die Stadtbezirke L.-Plagwitz und L.-Lindenau haben in den kleinen Wohnungen ähnliche Zunahmen erfahren wie L.-Gohlis. Die Stadtbezirke stehen unter dem allgemeinen Durchschnittsrate von Neu-Leipzig zurück. Für Alt-Leipzig beträgt die Steigerung in diesen Wohnungen mit einem, zwei und drei heizbaren Zimmern 18, 16 und 20 Mk. Der Bericht des Statistischen Amtes, dem wir diese Darstellung entnehmen, bemerkt hierzu: „Die Steigerung des Mietpreises für Wohnungen in den Westbezirken ist eine ungeheure und selbst unter Berücksichtigung der glünstigen Verhältnisse des Westens übertrieben.“ Man fragt sich, wie lange diese Steigerung noch anhalten und ob nicht ein Rückschlag hierin eintreten wird. Es kommt noch hinzu, daß der Rückgang der kleinsten Wohnungen nicht allein ein relativer, sondern in Alt-Leipzig sowohl als in Neu-Leipzig ein absoluter ist.

Gesetzliche Regelung des Straßenbahnwesens. Der Rat hat beschlossen, im Verein mit einigen anderen größeren Städten Sachsens eine Petition an die Regierung zu richten, worin sie um eine gesetzliche Regelung des Straßenbahnwesens ersucht wird.

Die Erweiterungsarbeiten für den preussischen, wie auch für den sächsischen Bahnhof in L.-Plagwitz, die seit dem März dieses Jahres wieder aufgenommen wurden, haben einen bedeutenden Umfang erreicht. Nachdem aus der von Sachsen herzustellenden östlichen Seite, nämlich auf der Antonienstraße zu L.-Kleinshocher, der hohe Fahrdamm zu der später herzustellenden eisernen Ueberführung *h r u n g s b r i c k e* über die Bahngleise schon über ein Jahr lang aufgeschüttet, und auch die seitlich von der Brücke anzulegende Schiene auf der westlichen Seite unter den Gleisen der preussischen Staatsbahn fertig ist, hat man im Laufe dieser Woche mit der Herstellung zweier Zufahrtsstraßen zur großen Brücke von Westen her begonnen. Diese Straßen gehen parallel mit den Bahnlinsen Plagwitz-Lausen und Plagwitz-Knauthaus und erhalten gleichfalls hohe Fahrdämme. Während die eine Straße nach Süden hin oberhalb der alten Ziegelei in L.-Kleinshocher in den Schönauer Weg mündet, führt die nach Norden hin auf die alte Schönauer Straße und nach der Baumwoollspinnerei, L.-Lindenau, dort, wo jetzt in L.-Kleinshocher die alte Ziegelei steht, die fallen muß, wird später der neue Güterbahnhof für die preussische Station Plagwitz errichtet. Auch die Rangiergleise für den sächsischen Bahnhof Plagwitz werden zur Zeit noch erweitert, während das neue Maschinenhaus nebst Beamtenwohnhaus fertig ist. Die Dreh-scheibe wird nächsten vollendet.

Die Leipziger Filiale der Deutschen Bank wird am 21. Juni die bisher von ihr innegehabten Räume in der Marktgrabenstraße 4-6 verlassen und in das von ihr erworbene neue Bankgebäude, das einst von der Leipziger Bank erbaut war, übersiedeln. Dort wird die hiesige Filiale der Deutschen Bank am 23. Juni ihren Betrieb eröffnen, gerade ein Jahr nach dem Zusammenbruche der Leipziger Bank.

Blumenmarkt am Johannisfest. Der Rat bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß er auch im laufenden Jahre die Abhaltung eines besonderen Blumenmarktes am Johannisfest und an dem diesem feste vorangehenden Tage, also Montag den 23. und Dienstag den 24. Juni, und zwar am Montag bis abends 10 und am Dienstag bis abends 9 Uhr gestattet.

Erleichterung eine Lebensversicherung infolge unverschuldeten Unterlassens der Prämienzahlung? Das Reichsgericht hat kürzlich eine für weite Kreise und insbesondere für die große Zahl derer, die bei einer Versicherungsgesellschaft ihr Leben versichert haben, überaus wichtige Entscheidung gefällt und dabei nachstehenden Rechtsatz aufgestellt: Die Bestimmung einer Lebensversicherungspolice, daß die nicht pünktliche Zahlung der Prämien den Verlust aller Ansprüche an die besagte Versicherungsgesellschaft zur Folge habe, kann ohne Rechtsirrtum dahin ausgelegt werden, daß die Verwirkung nicht eintreten solle, wenn die Nichtzahlung innerhalb der vertragsmäßigen Frist eine unverschuldete war. Diese hier vom Reichsgericht vertretene Ansicht wird in den weiten Kreisen der Versicherten Weisfall finden, da nur zu häufig bisher trotz jahrelangen Einzahlens der Prämien durch „unverschuldetes Verschulden“ das Erlöschen der Versicherung und damit der Verlust aller Ansprüche aus dem Versicherungsvertrage herbeigeführt worden ist.

Eine Hochkaplerin wurde in der Person einer schon oft bestraften 54 Jahre alten Gesellschaftlerin aus Straßburg in Westpreußen jetzt hier ausgemittelt und dingfest gemacht. Die Schwindlerin hat als angebliche Gräfin Waldenbach, der eine Erbschaft von 150000 Mk. in Aussicht steht, im vorigen Jahre einer hier wohnenden Witwe einen größeren Geldbetrag abzuschwindeln verstanden.

Einen gefährlichen Besuch hatte am Sonnabend die 3. Sanitätswache. Dort erschienen ein 25 Jahre alter Arbeiter aus Reusstadt, der einen Befehl zu sprechen wünschte. Als man den Mann beschied, daß der von ihm Gesuchte nicht anwesend sei, zog er plötzlich sein Messer und drang damit auf die Heilgehülsen ein. Diese hatten die größte Mühe, den gefährlichen Menschen unschädlich zu machen. Es stellte sich heraus, daß der Mann geistesgekränkt war; es erfolgte daher seine Einlieferung in die Nervenklinik.

Durch leichtsinniges Spielen mit einem geladenen Taschenrevolver hat sich am Sonnabend ein 18-jähriger Schneider in der Bogislavstraße an der rechten Hand eine Schußverletzung zugezogen, die eine mehrwöchige Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben wird.

150 M. Belohnung. Am 7. Juni wurde einer hiesigen Butterhandlung ein am Mitternachts aufschlags haltender Klaffenhandwagen mit 314 Stück Butter im Werte von 200 M. gestohlen.

Durch Erhängen entleerte sich gestern in ihrer in der Amalienstraße Nr. 2 zu L.-Blagwitz gelegenen Wohnung eine aus Klein-Strenz gebürtige, im 71. Lebensjahre stehende Witwe.

Großfeuer wurde gestern in der Mittagsstunde aus der Katharinenstraße gemeldet. Der Brand, dessen Entstehungsursache noch unbekannt ist, war in dem im Grundstücke Nr. 16 befindlichen Warenhause ausgebrochen und hat eine Menge Vorräte und eine Ladentafel vernichtet.

Zum Einbruchdiebstahl in der Nordstraße ist mitzuteilen, daß als Täter zwei unbekannte Männer in Frage kommen, von denen man einen nach der Lohmühlgasse und den anderen nach der Eberhardstraße zu hat stehen sehen.

Alte Holzleinwand. Eingebrochen wurde gestern nachmittags in eine Wohnung der Liferstraße. Die Diebe erbeuteten eine große Partie Wertgegenstände, darunter eine ältere große Damenuhr mit goldener, kurzer Kette, eine goldene Damenuhr mit Monogramm M. B. auf dem Deckel.

Wegen der Entwendung einer Remontuhr und einer Brillantnadel aus einer Wohnung der Tauscher Straße erfolgte die Festnahme eines 24 Jahre alten Kaufmanns von hier.

Ein 19 Jahre alter Arbeiter aus Dain wurde festgenommen, weil er aus einer Wohnung der Wagerischen Straße zwei Sparfassenbücher stahl.

Wegen der Unterschlagung einflussreicher Gelder zum Nachteil mehrerer Kohlenhändler wurde ein 30 Jahre alter Arbeiter aus Wurzen in Haft genommen.

Bei einem Wucherdiebstahl im Buchgewerbehaus wurde ein 24 Jahre alter Markthelfer von hier ertrappt.

Verhaftet wurde der Büffelbursche Robert Böhmert, der am Freitag einem hiesigen Restaurateur mit einer Kaffeekanne 900 M. durchbrannte.

Diebe brangen in ein Geschäftskloster der Kirchstraße in Volkmarshof ein und stahlen daraus einen Gelbbetrag, eine Anzahl Postwertzeichen und zwei sächsische 1/2-Loose (Nr. 76153 und 72430).

Aus einer Wohnung der Kaiser Wilhelm-Straße wurde gestern ein wildbernes Damenportemonnaie mit 80 M. und eine silberne Damenuhr mit Nummer 2045 und zwei Schließchen auf dem Deckel, die die Buchstaben M. M. tragen, gestohlen.

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, die Mittwoch den 18. Juni im Sitzungssaal am Raschmarkt abgehalten wird, hat sich u. a. mit der Erledigung folgender Gegenstände zu befassen: Wahl zweier besoldeten Stadträte.

Vericht des Schul- und Verwaltungsausschusses über die Rückänderung des Rates auf die Anträge des Kollegiums wegen Aufhebung des § 20 der Schulordnung der Stadt Leipzig.

Vericht des Finanzsausschusses über: a) Conto 47 „direkte Abgaben“ des Haushaltes auf das Jahr 1902; b) Festsetzung der Prozente des Normalsteuerfußes der städtischen Einkommensteuer am 2. Termin dieses Jahres.

Zu dem Geschäftsjahre der Stadtverordneten, Katharinenstraße Nr. 1, II., werden Druckexemplare der über die Verhandlungen in den öffentlichen Versammlungen der Stadtverordneten aufgenommenen Stenogramme, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt.

Städterik. Dienstag den 17. Juni abends 8 Uhr findet öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen Bau- und Wegebauwesen; Antwortschreiben des Rates der Stadt Leipzig, Fußwegpflasterung in der Stötteriger Straße; Eingabe, Einverleibung betreffend; Abänderung des Ortsstatuts, Gemeinderatswahl betr., u. a.

Leipziger Gemeinderatsitzung vom 12. Juni 1902. In der Wasserleitungsangelegenheit wird die Vergabung der Arbeiten gutgeheißen und eine Beschleunigung gewünscht. Auf ein Schreiben des Gemeinderats zu Wölflitz-Chrenberg um event. Anschluß an die Wasserleitung sollen zunächst noch nähere Erörterungen stattfinden.

Vereine und Versammlungen. Die Cementarbeiter hielten am 7. Juni ihre Monatsversammlung in Stadt Gottha ab. Zunächst hielt Genosse Lohr einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation.

daß es noch Werkstellen giebt, die den geforderten Lohn noch nicht bezahlen, wobei das Hydrasandsteinwerk in erster Linie steht. Es wurde zur Sprache gebracht, daß die älteren Kollegen, die den geforderten Stundenlohn erhalten, sich nicht im geringsten um die anderen Kollegen kümmern und wenn sie mit den übrigen einen einheitlichen Lohn durchsetzen sollen, antworten sie nur mit einem Achselzucken.

Öffentliche Versammlung Schneefeld. Die am 13. Juni im Restaurant Stadt Leipzig abgehaltene Versammlung beschloß sich mit der Tagesordnung: Die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Von Nah und Fern.

Eine erschütternde Familientragödie. Vor einiger Zeit sind auf dem Güterboden des Freiburger Bahnhofs in Breslau umfassende Diebstähle vorgekommen. Als der Tat dringend verdächtig wurde der Bahnhofs-Nachwächler Hajda in Untersuchungshaft genommen.

Ein Todesurteil. Das Nürnberger Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Mühlenbesizersohn Müller-Weiffenhohe, welcher seine schwangere Geliebte Meier auf dem nächtlichen Heimwege von der Langmühl erdrosselte, wegen Mordes zum Tode.

Arbeitererisiko. Wie aus Ludwigshafen gemeldet wird, stürzte am Freitag beim Neubau des Gutenberg-Schulhauses beim Aufwinden einer Schiene ein Gerüst zusammen. Fünf Arbeiter stürzten in die Tiefe und erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Der von Köln nach Trier abgehende Schnellzug überfuhr am Sonnabend am Kölner Westbahnhof zwei beim dortigen Stellwerk beschäftigte Arbeiter, die sofort tot waren.

12 Jahre Zwangsarbeit. Im Spionageprozess gegen den Oberleutnant Grimm in Warschau wurde am Sonnabend abends gegen 11 Uhr das Urteil gefällt, nachdem das Zeugnenverhör von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr gedauert und um 7 Uhr abends die Verhandlung begonnen hatten.

Erderstütterungen. Wie aus Syrakus gemeldet wird, wurde am 14. Juni nachts dort ein sehr starkes, von unterirdischem Getöse begleitetes Erdbeben verspürt; später folgte eine zweite Ersütterung.

„Garantiert lohnender Nebenverdienst.“ Der Kaufmann Richard Gundelach in Braunschweig erließ Anfang dieses Jahres in mehreren auswärtigen Zeitungen Anzeigen folgenden Inhalts: „Garantiert reelle Personen mit ordentlicher Handschrift erhalten gegen Einzahlung von 1.75 M. Anleitung und Muster zu einem garantiert lohnenden Nebenverdienst (etwa 20—30 M. wöchentlich).“

Zur gefälligen Beachtung! Von einigen Fiktal-Inhabern und Aussträgern wird darüber geklagt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Leser darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbetrag im Voraus zu bezahlen ist, und daß unsere Aussträger und Fiktal-Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

die auf die Anzeige eingegangen waren, mit Beschlag belegt. Das Gericht beschloß, die Verhandlung zum Zwecke weiterer Ermittlungen auszusetzen, da die Sache einen größeren Umfang anzunehmen scheint, als man anfangs angenommen hatte.

Was geschäftliche Beziehungen sind. In der letzten Städtischen Gemeindevorstandssitzung gab nach Eröffnung der Sitzung der Vorsitzende, Bürgermeister V., Kenntnis von der Anknüpfung der Gemeindevorordneten Seydel. In der Begründung dieses Entschlusses werden „ausgedehnte geschäftliche Beziehungen“ angegeben.

Versammlungs-Kalender. Montag: Öffentliche Versammlung. Helfenfelder, Plagwitz. Abends 7 1/2 Uhr. Dienstag: Öffentliche Versammlung. Thüringer Hof, Marktbergel. Abends 7 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion. Streiftöpfe. Ihre Anfrage haben wir in den Papieren versenkt.

Ankunft in Rechtsfragen. P. B., 100. Wenden Sie sich an die Direktion der Landeslotterie, Leipzig, Grimmaischer Steinweg 12. R. B., Schleißh. 1. Einkommen unter 400 M. sind steuerfrei. 2. Wer Grundbesitz hat, muß auch die Grundsteuer entrichten.

Theatervorstellungen. Neues Theater. Montag den 16. Juni: 187. Abonn.-Vorstellung (A. Serie, grün): Titus-Geldberg.

Table listing theater cast members and their roles for 'Titus-Geldberg' at the Neues Theater. Includes names like Karl Heinrich, Staatsminister von Haug, Excellenz, Hofmarschall Freiherr von Bassarge, etc.

Altes Theater. Montag bis Sonnabend: Geschlossen.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Dienstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Grüne Erbsen mit Pfefferklee.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse. Sonnabend den 14. Juni 1902. (Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Table with market prices for various goods like wheat, rye, barley, and oil. Columns include item name, origin/type, and price per unit.

Zur gefälligen Beachtung! Von einigen Fiktal-Inhabern und Aussträgern wird darüber geklagt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen.